Einzelpreis 1. Mk. 5. Jahrg. Freitag, den 5. Mai 1922 Nummer 205 Einzelpreis 1. Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 69,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sturm in den Parlamenten

Landtag und Schupo-Geist

Die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus am verflossenen Dienstag waren in der Donnerstag-Sitzung des Preußischen Landtags Gegenstand einer lebhaften, teilweise stürmischen Debatte. Die Kommunisten hatten eine große Anfrage an die Regierung gerichtet, die sich nicht nur mit den beiden Schupo-Offizieren v. Bennuth und Wecke, sondern auch mit dem Verhalten des Polizeipräsidenten Richter beschäftigt. Von vornherein nahm die Sitzung infolge des Erscheinens des Polizeiobersten Kanoisch, des Kommandeurs der Berliner Schupo, im Sitzungssaal und auf der Ministerbank einen sehr stürmischen Charakter an, so daß sie auf kurze Zeit unterbrochen werden mußte.

Als sich die Erregung etwas gelegt hatte und die Sitzung wieder aufgenommen wurde, begründete der Kommunist Geschke die große Anfrage seiner Partei. Nach ihm sprach unser Genosse Rabold zu dem von der unabhängigen Fraktion gestellten Antrag, der eine Aenderung bezw. eine Aufhebung verschiedenen Bestimmungen über den Waffengebrauch der Schutzpolizei bezweckt. In scharfen Strichen kennzeichnete unser Fraktionsredner den Geist, der heute noch in der Schupo, namentlich unter den Offizieren der Polizeitruppe, herrscht und der sich in einem provokatorischen Auftreten gegenüber Arbeitern und einer Förderung und Duldung nationalistischer Pöbeleien bekundet.

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt der Abg. **Katz** (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung. Er erklärte, gehört zu haben, daß der Landtag mit Schupo umstellt sein solle. Als in diesem Augenblick der **Polizeioberst Kanpisch in Uniform** den Saal betrat und **auf der Ministerbank Platz nehmen** wollte, stürzten mehrere kommunistische Abgeordnete zur Ministerbank und es kam zu **erregten Auseinandersetzungen** zwischen diesen und den dort befindlichen Vertretern der Regierung. **Als es zu Tätlichkeiten** zwischen kommunistischen und deutschnationalen Abgeordneten kommt, verläßt der Präsident seinen Platz, so daß die Sitzung vertagt war.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Präsident Leinert, daß er nicht befugt sei, in irgendwelche Anordnungen irgendeiner Behörde außerhalb des Hauses einzugreifen. Bezüglich der Behauptung des Abgeordneten Katz, daß auch im Hause Polizei untergebracht sei, erklärte der Präsident, daß allerdings vormittags ein Beamter der Schutzpolizei im Hause gewesen sei, aber nur, um bei dem Pförtner zu telephonieren. Die Vorgänge, welche sich eben abgespielt haben, stellen alles in den Schatten, was sich je im Hause ereignet habe. Wenn sich solche Vorgänge wiederholen sollten, werde er von allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen.

Abgeordneter Katz (Komm.) machte dem Minister Vorwürfe, weil er nicht so viel Takt besessen habe, einen uniformierten Offizier von diesen Verhandlungen fernzuhalten.

Abg. **Leid** (USP.): Wenn es richtig ist, daß in diesem Hause und in der Umgebung desselben aus Anlaß der heutigen Verhandlung eine verstärkte Polizeitruppe aufgeboten sei, müssen auch meine Parteifreunde dagegen Einspruch erheben. Wenn die Arbeiter eine Bannmeile des Rathauses respektieren sollen, dann ist es auch unzulässig, die Bannmeile des Landtags mit vermehrter Polizei zu belegen. Es wäre interessant, wenn der Herr Präsident durch Abstimmung feststellen wollte, welche Mitglieder dieses Hauses sich so bedroht fühlen, daß ein verstärkter Polizeischutz nötig sei.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. **Geschke** (KPD.) das Wort zur Begründung der großen Anfrage der Kommunisten über die Demonstration vor dem Berliner Rathause am 2. Mai und des Vorgehens der Schutzpolizei gegen die Demonstranten. Die Anfrage verlangt von der Staatsregierung Auskunft darüber, ob sie bereit ist, 1. dafür zu sorgen, daß Arbeiterdemonstrationen künftig unbehelligt bleiben; 2. die an dem Blutbad schuldigen Beamten und Offiziere zur Rechenschaft zu ziehen; 3. dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter, der sich schon mehrfach als seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen erwiesen hat, eine geeignetere Beschäftigung zu geben; 4. den Opfern blutdürstiger Offiziere die erlittenen Schäden aus Staatsmitteln voll auszugleichen. Der Redner machte dem Minister Severing und dem Polizeipräsidenten Richter schwere Vorwürfe, weil sie noch nicht die Schupo auch nur von den reaktionärsten Elementen gereinigt haben.

Darauf begründete unser Genosse **Rabold** den von unserer Fraktion gestellten Antrag. Als der alte Obrigkeitsstaat zusammenbrach, schien sich in der blauen Polizei vorübergehend ein Wandel zu vollziehen. Aber da setzte sofort eine Hetze gegen sie ein; und die neue Schutzpolizei wurde von Anfang an als Instrument eines Obrigkeitsstaates aufgezogen.

Eine Polizei, die von der Bevölkerung hermetisch abgesperrt wird, muß als Fremdkörper wirken und kann den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden.

Nur auf diese rein militärische Einstellung der Schupo sind die verschiedensten Zusammenstöße in letzter Zeit zurückzuführen, insbesondere auch der Vorfall vor dem Rathause.

Bisher hat es sich bei allen Kundgebungen erwiesen, daß die Arbeiterschaft in mustergültiger Weise Ruhe und Ordnung zu wahren versteht, wenn sie nicht von anderer Seite provoziert wird. Die Zusammenstöße sind nie durch Uebertretungen von Demonstranten verursacht worden; das gilt auch von den Vorgängen vor dem Rathaus, was bisher auch von keiner Seite — die Deutschnationalen ausgenommen — bestritten worden ist. Die von den Deutschnationalen in ihrer großen Anfrage ausgesprochene Behauptung, daß die Arbeiter die Schupobeamten verhöhnt, beschimpft und mit Steinen beworfen haben, ist **eine bewußte Unwahrheit.**

Die Polizei war vor der Demonstration dahin instruiert worden, in der schärfsten Weise vorzugehen.

Die Arbeiter hatten gar nicht die Absicht, in das Rathaus einzudringen, überdies waren alle Zugänge zum Rathause durch eiserne Tore abgesperrt. Daß es zu Zusammenstößen kam, ist **einzig und allein die Schuld der beiden Schupooffiziere,** die dort das Kommando hatten und die der Situation durchaus nicht gewachsen waren. Eine Schutzmannsuniform an sich wirkt auf keinen Arbeiter aufreizend. Wenn aber die Polizeioffiziere bei einem solchen Anlaß ihre gesamten Kriegsorden und ihren Kriegsschmuck anlegen, dann muß das **provozierend wirken.** Wenn auch der alte Obrigkeitsstaat anscheinend nicht mehr besteht, so fußen wir doch noch mit allen unseren öffentlichen Einrichtungen in demselben; Genosse Rabold ging dann auf den **Heineschen Schießerlaß** ein; zwar sind die Bestimmungen desselben etwas abgeschwächt worden, aber die jetzt bestehenden Vorschriften über den Waffengebrauch sind immer noch schlimmer als die des früheren Polizeiministers von Hammerstein. Die Schupo läßt

deutschnationale Demonstranten von Studenten und anderen Organisationen ungestört,

auch wenn sie die Bannmeile überschreiten, geht aber **gegen Arbeiter in der rigorosesten Weise vor.** Gewiß haben die Monarchisten das Recht, für ihre Ziele zu demonstrieren; dann muß es aber auch den Arbeitern gestattet sein, in einem republikanischen Staate für das Fortbestehen der Republik gegen die Monarchie zu demonstrieren. Der militärische Charakter macht es der Polizei nicht möglich, mit der nötigen Umsicht und Beweglichkeit ihre Anordnungen und Maßnahmen zu treffen. Dazu gehört ein höheres Maß von Menschenkenntnis, das sich die Schupobeamten aber niemals in Kasernen erwerben können, sondern nur, wenn sie mit der Bevölkerung in inniger Beziehung leben.

Abg. **Koch** (Dtn.) macht nähere Ausführungen zu der großen Anfrage seiner Partei, die von der Staatsregierung verlangt, daß „Zusammenrottungen", durch die auf die Entschließungen der Berliner Stadtverordneten durch Terror eingewirkt werden soll, in Zukunft verhindert werden, daß Kundgebungen nur auf Plätzen stattfinden sollen, auf denen der Verkehr nicht gestört wird, und daß unbeteiligten Bürgern ein durch eine Kundgebung entstehender Schade ersetzt wird.

Minister des Innern **Severing** gestand zu, daß

die Polizei bei der Absperrung nicht eine einheitliche Linie eingehalten hat;

ihr zickzackartiges Vorgehen war nicht geeignet, die Autorität des Staates zu stützen. Daß sich Offiziere den Anordnungen des Polizeipräsidenten gegenüber renitent gezeigt haben, ist nicht wahr. Es müßte vor solchen Demonstrationen eine Verständigung zwischen den Führern der Gewerkschaften und den leitenden Offizieren herbeigeführt werden. Der Minister Severing versicherte, er habe nicht die Absicht, die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit der Arbeiterschaft anzutasten; diese dürfe aber nicht die Freiheit anderer in Frage stellen.

Abg. **von Eynern** (D. V.) begründete sodann einen Antrag seiner Partei, nach dem der Landtag dahin wirken soll, daß ein Gesetz geschaffen wird, welches die Befriedigung des Berliner Rathauses und gegebenenfalls der Rathäuser sonstiger Großstädte ermöglicht.

Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag, 5. Mai, 12 Uhr.

Protststreik und Stadtverordnetenversammlung

Im trauten Licht von Stearinkerzen wurde die gestrige Sitzung der Berliner Stadtverordneten von dem Vorsteher eröffnet, der vorschlug, ältere Vorlagen, bei denen keine großen Meinungsverschiedenheiten bestünden, zunächst zu behandeln und dann den Kämmerer seine Etatsrede halten zu lassen. Er setzte hinzu, daß er die Sitzung schließen werde, wenn sich im Saale Unruhe bemerkbar machen sollte.

Ein vorliegender Dringlichkeitsantrag der Kommunisten forderte vom Magistrat die Amtsenthebung des Beamten, der am Dienstag die Polizei vor das Rathaus gerufen habe. Der Dringlichkeit des Antrages wurde von den Bürgerlichen widersprochen, er kommt also auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Auch die Deutschnationalen hatten einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, der sich jedoch mit **dem Proteststreik der städtischen Arbeiter** befaßte und folgenden Wortlaut hat:

„Die städtischen Arbeiter und Angestellten haben wieder einmal, trotzdem ihre Forderungen von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung durch Beschluß vom 2. 5. bewilligt worden sind, den Verkehr in Berlin lahmgelegt und dem Wirtschaftsleben Berlins schwere Nachteile zugefügt. Aus mehreren Arbeitsstätten sind Arbeitswillige mit Gewalt von der Arbeit weggeholt worden. Es wird daher beantragt, den Magistrat zu ersuchen:

1. Sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um durch eine geordnete Tätigkeit der städtischen Werke das Wirtschaftsleben Berlins vor der Wiederholung derartiger Schädigungen sicherzustellen;

2. diejenigen städtischen Arbeiter und Angestellten, die den Streik inszeniert haben, nicht wieder einzustellen bezw. fristlos zu entlassen und gegen die Teilnehmer des Streiks geeignete Maßregelungen eintreten zu lassen."

Die Deutschnationalen wollen also erneute Konflikte mit den städtischen Arbeitern. Da die Gewerkschaftskommission mit zum Proteststreik aufgerufen hat, bedeutet das geforderte Vorgehen einen Konflikt mit der Großberliner Arbeiterschaft.

Der Dringlichkeitsantrag brachte die Deutschnationalen selbst in eine schmähliche Verlegenheit. Sicher dachten die Herren, daß von der Linken der Dringlichkeit des Antrages widersprochen würde. Die Linke tat den Deutschnationalen jedoch nicht diesen Gefallen, sondern erkannte die Dringlichkeit an.

Der Vorsteher Dr. Caspari wollte, da er scharfe Auseinandersetzungen fürchtete, diesen Dringlichkeitsantrag an den Schluß der Tagesordnung setzen, so daß er unmöglich am gestrigen Abend zur Besprechung gekommen wäre. Diese Absicht durchkreuzte Genosse Dittmann, der beantragte, den Dringlichkeitsantrag sofort zur Beratung zu stellen und ironisch bemerkte, daß doch außer den Linksparteien sicher auch die deutschnationalen Antragsteller diesem Antrage zustimmen würden. Nun ereignete sich ein Schauspiel für Götter. Nachdem sich die Deutsche Volkspartei und die Demokraten gegen den Antrag unseres Genossen Dittmann ausgesprochen hatten, sprachen die Deutschnationalen selbst ebenfalls gegen die sofortige Beratung ihres eigenen Dringlichkeitsantrages. Genosse Dittmann nagelte diese Komödie fest, erklärte, daß das von der Polizei angerichtete Blutbad und der deswegen beschlossene Proteststreik als erster Gegenstand in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt werden müsse und beantragte schließlich namentliche Abstimmung über seinen Antrag, sofort zu verhandeln.

An der namentlichen Abstimmung beteiligten sich sodann Unabhängige und Kommunisten nicht, versuchten dadurch die Beschlußunfähigkeit der Sitzung und erzwangen somit für die Sitzung am kommenden Dienstag die sofortige Verhandlung des deutschnationalen Dringlichkeitsantrages. Betrübt verkündete der Vorsteher, daß statt der erforderlichen 113 nur 105 Stadtverordnete gestimmt hätten, das Haus also beschlußunfähig sei, und er deshalb die Sitzung schließe.

Wegen des Protest-Streiks ergaben sich in der Versorgung unserer Druckerei mit elektrischem Strom und Gas so große Schwierigkeiten, daß die Herausgabe dieser Nummer nur mit vieler Mühe möglich wurde.

Eine Anzahl wichtiger Artikel, Notizen und Telegramme mußte daher zurückgestellt werden.

Münchener Polizeiskandal

Unsere Münchener Genossen hatten zur Maifeier den Genossen Grumbach-Paris kommen lassen. Genosse Grumbach sprach zuerst auf der Theresienwiese, alsdann auf dem Ostfriedhof. Am 2. Mai abends sollte er in einer Versammlung reden. Diese Versammlung wurde verboten, weil sich „weite vaterländische Kreise" stark erregt hatten über den „Deserteur" Grumbach. Die bayerische Polizei setzte sich in diesem Fall wieder über den klaren Wortlaut des § 123 der Weimarer Verfassung hinweg.

Am 3. Mai in der Frühe wurde Genosse Grumbach aus dem Bett heraus sogar auch noch verhaftet und zur Polizei verbracht. Dort vernahm man ihn über alles Mögliche. Obschon er sich von der deutschen Botschaft in Paris alle Papiere ordnungsgemäß hatte ausfertigen lassen, behauptete man, er habe sich gegen fremdenpolizeiliche Vorschriften vergangen. Erst gegen 11 Uhr vormittags wurde Genosse Grumbach wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem er eine Strafe von 100 Mark bezahlt hatte.

Das Verhalten der Münchener Polizei zeugt, wie üblich, von bodenloser Dummheit. Genosse Grumbach tritt für internationale Verständigung ein und nimmt sich der Deutschen im Elsaß sehr warm an. Dafür haben allerdings die bayerischen „Politiker" offenbar nicht das mindeste Verständnis.

Das Auffallendste an der Angelegenheit scheint freilich folgendes zu sein:

1. Polizei- und Ministerialbeamte erklärten mehrmals, die Kreise, die an Grumbach Anstoß genommen hätten, hätten sich weit über die Reihen derer hinaus erstreckt, die gewöhnlich als „vaterländische Kreise" bezeichnet würden.

2. Die „Münchener Post", das Organ der Mehrheitssozialisten, erwähnte in ihrem Maifeierbericht mit keinem Wort die doch sicher auffallende Tatsache, daß Genosse Grumbach geredet hatte.

3. Die „Münchener Post" nahm ferner nicht die geringste Kenntnis von dem unerhörten verfassungswidrigen Versammlungsverbot.

Sollten die Rechtssozialisten zu den Kreisen gehören, deren sich eine starke vaterländische „Erregung" bemächtigt hat?

Sollten die Rechtssozialisten hinter dem Versammlungsverbot und Verhaftung stecken?

Verdachtsgründe sind vorhanden.

Kirchlicher Appetit auf die Volksschule

Die preußische Kirche fühlt sich schon wieder oder richtiger vielleicht immer noch ganz auf der Höhe der Situation. Sonst wäre es nicht zu erklären, daß sie es sich herausnehmen kann, an die Volksschullehrer in aller Form die Anfrage stellen zu lassen, ob sie den Religionsunterricht auch dann erteilen würden, wenn etwa zur Beaufsichtigung des Lehrers außer dem weltlichen Kreisschulrat auch noch eine von der Kirche eigens dazu beauftragte Persönlichkeit hinzukäme!

Und um das Maß voll zu machen, begnügt sich diese Kirche in Preußen im Jahre 1922 (3½ Jahre nach der sogenannten Revolution von 1918 und knapp drei Jahre nach dem Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung) nicht hiermit, sondern hat die bewunderungswürdige Dreistigkeit, an die Volksschullehrer auch die Frage zu richten, wie sie sich verhalten würden, wenn in der neuen Kirchenverfassung durch eine konfessionelle Einleitungsformel die Möglichkeit geschaffen würde, die Lehrpersonen wegen „Abweichung von der christlichen Lehre" vor ein Spruchkollegium zu stellen und für unfähig zur Erteilung des Religionsunterrichts zu erklären!

Es hat bereits eine Probeabstimmung auf dieses dreiste Kirchenexempel stattgefunden, und zwar in einzelnen pommerschen Bezirken. Von den Mitgliedern der pommerschen Lehrervereine haben 80 Prozent einstimmig erklärt, daß sie in jenen beiden Fällen von dem ihnen laut Verfassung zustehenden Rechte Gebrauch machen und keinen Religionsunterricht mehr erteilen würden! Eine Reihe Vereine hat darüber hinaus erklärt, die Mitglieder würden es tief bedauern, wenn die Kirche sie durch Ausführung der beiden Drohungen oder einer von ihnen zur Niederlegung des Religionsunterrichts zwingen würde.

Im Stettiner Lehrerverein hatte die Umfrage folgendes Ergebnis: Von 325 Mitgliedern, die sich an der Abstimmung beteiligten, verneinten 312 beide Fragen, 5 Mitglieder bejahten die erste Frage und verneinten die zweite. Nur 2 Mitglieder bejahten beide Fragen, und 6 Mitglieder lehnten es ab, überhaupt eine Entscheidung zu treffen.

Diese Mitteilungen kommen gerade recht zu den bevorstehenden Elternbeiratswahlen. Die Arbeiterschaft möge, wenn es noch immer nicht geschehen ist, aus dieser kirchlichen Anmaßung ersehen, wohin in Preußen die Reise gehen soll. Und die sogenannten Christlich-Unpolitischen oder Unpolitisch-Christlichen gehen ja mit dieser Sorte Schulpolitik durch Dick und Dünn. Hoffentlich werden die Arbeitereltern wissen, was sie zu tun haben. Zumal in Groß-Berlin, wo die drei sozialistischen Parteien geeint in den Kampf für die Entsklavung der Schule aus den Fesseln von kirchlicher und nationalistischer Reaktion ziehen.

Die Zündwarensteuer in Kraft getreten

Der „Nachrichtendienst des Reichswirtschaftsministeriums" weist darauf hin, daß mit dem 1. Mai die auf Grund des Gesetzes über die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern vorgesehene Verdoppelung der bisherigen Zündwarensteuer von 300 auf 600 Mark in Kraft trat. Die bisher von den Herstellern inländischer, deutscher Zündhölzer an die Ausgleichskasse für je 600000 Hölzer abzuführende Umlage von 300 Mark wurde mit Wirkung vom gleichen Tage aufgehoben.

Schulreaktion in der Provinz

Schlimmer noch als in den Städten, wo die Kontrolle der öffentlichen Meinung doch stärker, sind die Schulzustände auf dem Lande. Das beweist wieder einmal eine Zuschrift, die wir aus Schleswig-Holstein erhalten.

Danach ist in Lunden im Dithmarschen ein Lehrer seines Amtes entsetzt worden, lediglich, weil er sich für die Gemeinschaftsschule einsetzte und seine Schüler nicht in den herkömmlichen Drillformen erzog. Die Hetze, die darum gegen ihn von der reaktionären Lehrerschaft angezettelt wurde, fand eine besondere Unterstützung in der Tatsache, daß der arme Mann das Pech hatte, auch noch Sozialist zu sein.

Das ganze Vorgehen der Schulbehörden erscheint um so bezeichnender, als immer größer werdende Kreise der Elternschaft mit der Erziehungsmethode des betreffenden Lehrers durchaus einverstanden waren, nachdem sie sich wiederholt durch führende Schulmänner über den Wert der Zusammenarbeit aller Erziehungsberechtigten hatten aufklären lassen. Die Opferwilligkeit der Eltern, die durch alle Widerstände nur zunahm, ging sogar so weit, daß sie eine Schulvereinigung mit Monatsbeiträgen von drei Mark gründeten, um die Erziehungsarbeit durch praktische Mitarbeit fördern zu können.

Trotzdem ist der Lehrer rücksichtslos auf die Straße gesetzt worden, und alle Proteste der Eltern sind bisher vergeblich gewesen. Wir sind gespannt, wie sich Herr Boelitz zu diesem Skandal stellen wird.

Eine patriotische Zeitung

Die „Frankfurter Zeitung" berichtet von einem Prozeß, den der verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Nachrichten", Lehmann, gegen die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme" angestrengt hat. Die „Volksstimme" hatte seinerzeit behauptet, daß die „Frankf. Nachrichten" Herrn Lehmann fast jede Woche auf die französische Zensurstelle in Mainz schickten, um dort anzufragen, welcher Ton den „Herren der französischen Militärbehörden" am besten passen werde und welche Artikel nicht gebracht werden sollen. Weiter war behauptet, daß die „Nachrichten" indirekt den Vorschlag gemacht hätten, für 40000 Franken ein offiziöses französisches Organ im unbesetzten deutschen Gebiet zu werden.

In der Verhandlung behaupteten die Beklagten, daß die „Nachrichten" in doppelter Ausgabe erschienen, derart, daß für das besetzte Gebiet gewisse Artikel herausgenommen würden, die im unbesetzten Gebiet erschienen. Die „Nachrichten", die anderen die nationale Gesinnung absprechen, hätten außerdem in einem Artikel den Sohn des Ministers Schiffer der Entente denunziert, weil er als Fliegeroffizier Bomben auf London geworfen habe, eine Behauptung, die übrigens unwahr gewesen sein soll. Die Beklagten erklärten es für bezeichnend, daß nicht die „Frankfurter Nachrichten", sondern Herr Lehmann als Privatmann geklagt hätte. Der Anwalt des Klägers erwiderte darauf, daß er über die doppelten Ausgaben der „Frankfurter Nachrichten" nicht Bescheid wisse und nur für den Redakteur einstehe. Der Prozeß wurde vertagt, damit beide Parteien persönlich erscheinen können. Wir werden über seinen Ausgang berichten.

Großbetrieb und Proteststreik

Der Berliner Magistrat spekulierte ganz offensichtlich darauf, daß die Arbeiter in den industriellen Betrieben sich wegen des Demonstrationsstreiks, der infolge des Blutbades vor dem Rathaus ausbrach, mit Entrüstung gegen die städtischen Arbeiter wenden würden. Die Empörung unter der gesamten Arbeiterschaft ist allerdings groß. Aber sie richtet sich nicht gegen die städtischen Arbeiter, sondern mit ihnen gegen die Urheber des Blutvergießens. In einer Funktionärversammlung der Lokomotivenfabrik in Hennigsdorf wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die Funktionäre der AEG.-Lokomotivfabrik Hennigsdorf erblicken in dem Angriff auf die wehrlosen städtischen Arbeiter einen Akt der Feigheit und Brutalität, den man angesichts der am 1. Mai versammelten ungeheuren Menschenmenge nicht wagte. Daß man sich an den elend bezahlten städtischen Arbeitern rachsüchtig austobte, ist ein Alarmzeichen für die Arbeiterschaft aller Richtungen, ebenso wie am 1. Mai zusammenzustehen mit dem festen Willen, solchen Leuten das Handwerk zu legen, die wie gierige Bluthunde darauf warten, auf wehrlose Arbeiter losgelassen zu werden."

Eine ähnliche, die Empörung der Arbeiter noch weit drastischer zum Ausdruck bringende Resolution wurde von der **Belegschaft der Firma R. Stock u. Co., Marienfelde,** uns übermittelt, die am Schluß zudem ausdrücklich das Einverständnis der Belegschaft mit den Beschlüssen der städtischen Arbeiter ausspricht.

Die Großbetriebe der Metallindustrie in Oberschöneweide haben sich dem 24-stündigen Proteststreik angeschlossen. In geschlossenen Zügen marschierten die Arbeiter aus den Betrieben. Auf dem Marktplatz fand eine Protestversammlung statt. Es wurden Delegationen gewählt, um die Forderungen der Streikenden dem Polizeipräsidenten Richter und dem Innenminister Severing zu unterbreiten. In einer Ansprache wies Landtagsabgeordneter Genosse Franken auf die Bedeutung des Proteststreiks hin. Das Proletariat zeige, daß es gewillt ist, den ständigen Provokationen und Bluttaten der Reaktion ein Ende zu machen. Auch über diesen Tag hinaus muß die Arbeiterschaft bereit sein und durch Geschlossenheit seine Aktionskraft steigern.

Lohnvereinbarungen in der Berliner Metallindustrie angenommen

Uns wird geschrieben: Am Donnerstag, dem 4. Mai, nahmen im Kriegervereinshaus die in dem Verbande der Berliner Metallindustriellen beschäftigten Funktionäre des Metallkartells Stellung zu dem Lohnabkommen, das für den Monat Mai bis zum 4. Juni Geltung haben soll. Urich vom Deutschen Metallarbeiterverband berichtete über das Verhandlungsergebnis mit den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Die Verhandlungen gestalteten sich wiederum äußerst schwierig, da sich auf dem Geldmarkte eine dauernde Beunruhigung zeigt. Einige Tage vor den Verhandlungen wurde in der „Roten Fahne" geschrieben, daß ein Sinken der Preise und bessere Zeiten zu beobachten sind. Trotzdem war es der Kommission nach stundenlanger Verhandlung ohne Schiedsgericht gelungen, eine Vereinbarung zu treffen, wonach den männlichen Arbeitern über 21 Jahre eine Zulage von 3 Mark pro Stunde und den männlichen Arbeitern von 18—21 Jahren eine Zulage von 2,70 Mark pro Stunde gewährt wird. Die Leistungszuschläge erhöhen sich dafür für Klasse I auf 50 Pfg., für Klasse II auf 40 Pfennig, für Klasse III auf 30 Pfennig, für Klasse IV auf 20 Pfennig und für Klasse V auf 15 Pfg. Die Löhne der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren werden um 2 Mark pro Stunde erhöht. Arbeiterinnen, die in Gruppe 3 eingereiht sind, erhalten eine Zulage von 2,10 pro Stunde. Die Leistungszuschläge werden von 3mal à 10 Pfennige auf 3mal à 15 Pfennige erhöht. Arbeiterinnen, eingruppiert in B 1 und 2, werden unter der bestimmten Voraussetzungen entlohnt.

Die in der Glühlampenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 2,10 Mark pro Stunde. Die drei Leistungszuschläge werden ebenfalls von dreimal à 10, von dreimal à 15 Pfennige erhöht. Die Stundenlöhne jugendlicher Arbeiterinnen unter 18 Jahre erhöhen sich um 2 Mark. Die Kinderzulage von 1,30 auf 1,50 Mark pro Stunde.

Sämtliche Redner vom Transportarbeiterverband sprachen sich gegen die Annahme der Vereinbarungen aus, da die Spanne zwischen den einzelnen Klassen zu hoch ist. Die anderen Redner legten die Schwierigkeiten dar, wegen der es nicht möglich ist, einen Einheitslohn zu schaffen. Trotzdem würden die Facharbeiter mit allen Kräften dafür eintreten. Sie empfehlen daher unter den obwaltenden Umständen die Annahme der Vereinbarungen. Urich bemerkte in seinem Schlußwort, daß man diese Frage ruhig und nüchtern erwägen solle und empfahl im Namen des Metallkartells die Annahme der Vereinbarungen.

Bei der Abstimmung ergab sich eine überwältigende Mehrheit für Annahme.

Die Arbeiterfragen auf der Konferenz

(Sonderbericht des „Intel".)

Genua, 3. Mai.

Tschitschrin hat an de Facta folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! Die Wirtschaftskommission hat ein Spezialkomitee eingesetzt, das die Fragen, die sich auf die Arbeitsverhältnisse beziehen, besonders studiern soll. Der Präsident der Kommission hat selbstherrlich jene Nationen bestimmt, die diesem Komitee angehören sollen. Rußland wurde nicht in die Zahl dieser Nationen eingeschlossen, obwohl Rußland der erste Staat ist, dessen Verfassung und Politik auf den Interessen der Arbeiter basiert ist. Ich sehe mich gezwungen, im Namen der russischen Delegation gegen diese neuartige Methode der Erwählung eines Komitees und gegen den Ausschluß Rußlands Protest zu erheben.

Empfangen Sie usw. gez. Tschitscherin.

Rußland und der Vertrag von Versailles

Sonderbericht des Intel.

Genua, 3. Mai.

Eine offizielle Erklärung der russischen Delegation in Genua behauptet, daß die von dem Pariser Oeuvre und anderen Blättern veröffentlichte Meldung, nach der Tschitscherin in einer Unterredung mit Benesch, dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, von der Eventualität einer Anerkennung des Vertrages von Versailles gesprochen habe, vollständig aus der Luft gegriffen sei.

Einspruch der Reparationskommission

Paris, 4. Mai.

Die Reparationskommission hat an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, in welcher sie gegen verschiedene Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages Einspruch erhebt, so gegen den Artikel 2 betreffs des Verzichts auf gewisse Rechte. Ferner heißt es in der Note, daß durch den Vertrag die von Deutschland übernommenen Pflichten, die der Versailler Friedensvertrag vorsieht, nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Frankreich will nicht marschieren

Paris, 4. Mai.

Wie Havas mitteilt, wird in französischen offiziellen Kreisen kategorisch die aus Genua einem englischen Blatte mitgeteilte Nachricht dementiert, wonach die Jahresklassen 1918 und 1919 für Operationen im Ruhrgebiet, falls Deutschland am 31. Mai seine Verpflichtungen nicht erfülle, mobilisiert werden sollten.

Auch Frankreich stimmt zu

Paris, 4. Mai.

Ueber die heute vormittag stattgehabte Kabinettssitzung verbreitet Havas eine halbamtliche Note, in der gesagt wird, der Kabinettsrat habe einstimmig den Beschluß eines Paktes, der den gegenseitigen Nichtangriff der Staaten sicherstellt, angenommen, unter der Bedingung, daß Rußland ihm zustimme.

*

Paris, 4. Mai.

Ueber den heutigen Kabinettsrat wurde folgende offizielle Mitteilung veröffentlicht: Der Kabinettsrat hat den in Genua ausgearbeiteten Entwurf des Schutzabkommens geprüft und beschlossen, ihm beizutreten, unter dem Vorbehalt, daß die von Frankreich durch den Vertrag von Versailles erworbenen Rechte darin ausdrücklich anerkannt und garantiert werden. Einige weitere Abänderungen in Einzelheiten werden ebenfalls vorgeschlagen werden.

Maifeiernachspiel in Italien

(Intel.) Rom, 4. Mai.

Anläßlich der Feier des 1. Mai hatte die Regierung angeordnet, daß die Eisenbahn beschränkten Festtagsverkehr aufrechterhalten solle. Die Eisenbahnergewerkschaft forderte jedoch in den ihren Mitgliedern gegebenen Weisungen völlige Arbeitsruhe auf 24 Stunden, so daß tatsächlich nur wenige Züge, meist von Faszisten geführt, verkehren konnten.

Die Regierung hat nunmehr den Präfekten der Stadt Boulogne, wo der Sitz der Eisenbahnergewerkschaft ist, aufgefordert, die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft verhaften und den Justizbehörden vorführen zu lassen, wo sie sich wegen „Aufhetzung der Arbeiter zum Verlassen eines öffentlichen Betriebes" zu verantworten haben.

Die Aussperrung in der englischen Industrie

(Intel.) London, 4. Mai.

Der Nationalverband der Arbeitgeber der Metallindustrie erklärte, daß kein Beschluß bezüglich einer Aufhebung der für die Metallindustrie angekündigten Aussperrung vorliege. Die Aussperrung ist somit gestern in Kraft getreten und umfaßt 47 Unionen mit 600000 Arbeitern. Die Versuche der Arbeitgeber, Arbeitswillige zu finden, haben bisher nur geringen Erfolg gehabt.

Heute wird das von der Regierung eingesetzte Schiedsgericht zusammentreten.

Das erste Ergebnis der Urabstimmung der Bergarbeiter über die Vorschläge der Unternehmer liegt bereits vor. Danach stimmten im Bezirk Clydes zwei Drittel gegen diese Vorschläge, zwei andere Bezirke sprachen sich mit geringer Mehrheit dafür aus, im Bezirk Liverpool wurde im Verhältnis von 20:1 gegen die Vorschläge gestimmt.

Wie sie hetzen

Die Presse über die Demonstration

Das gewaltsame Vorgehen der Polizei, bei dem wieder einmal Arbeiterblut in den Straßen Berlins geflossen ist, gibt der bürgerlichen Presse nur eine neue Gelegenheit, Hetzartikel gegen das Proletariat zu schreiben. Die meisten Zeitungen benutzen dabei eine Mitteilung des Polizeipräsidiums, das amtlich lügt, die Polizei habe erst eingegriffen, nachdem sie aus der Menge heraus angegriffen worden sei. Es sei der Versuch gemacht worden, einen Polizeileutnant vom Pferde zu reißen, ein anderer Beamter habe gar eine Bißwunde (!) erhalten.

Demgegenüber ist die „Vossische Zeitung" ehrlich genug, zuzugeben, daß der angebliche „Sturm auf das Rathaus" nur ein Gerücht war, und daß der deutschnationale Stadtrat Wege den Demonstranten selbst erlaubt hätte, die Freitreppe des Rathauses zu besetzen. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung" wagt zunächst nicht, von direkten Angriffen der Arbeiter zu sprechen und erklärt nur: „Man dürfte annehmen, daß ein Sturm auf die Eingänge nun einsetzen würde." Aber gehetzt muß werden und die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt schon einen Satz später: „Da kamen die Berittenen, um die Reihen zu lockern; und als man einige der Beamten vom Pferde riß, als man Straßenbahnfahrern die Kurbeln wegnahm und von neuem zum Sturm ansetzte auf die Eingänge des Rathauses (!), gab der Polizeimajor — instruktionsgemäß — den Befehl zum Aufpflanzen des Seitengewehrs."

Die größte Frechheit leistet sich jedoch das „Berliner Tageblatt", in dem der „gute Bürger" Dr. Michaelis mitteilt, daß die Sicherheitspolizei schon aus Selbsterhaltungstrieb zur Abwehr übergehen mußte, als sich ein Teil der versammelten Menge anschickte, die Zugänge zum Rathaus gewaltsam zu stürmen und die Sicherheitspolizei über den Haufen rennen. Das ist eine völlig verlogene Darstellung. Die Arbeiter haben so diszipliniert und ruhig wie immer demonstriert, und wahrscheinlich wäre alles ruhig verlaufen, wenn nicht die Polizei ohne Grund eingegriffen hätte. Erst die Riesendemonstration am 1. Mai, bei der man nur wenig Sicherheitsbeamte bemerkte, hat wieder gelehrt, daß die Arbeiterschaft gewillt und imstande ist, selbst Ordnung zu halten. Es kann nur dazu dienen, die Massen zu reizen, wenn man ein großes Polizeiaufgebot an alle Ecken postiert. Als eine ganz besondere Herausforderung mußte es empfunden werden, daß ein Polizeioffizier den wilhelminischen Pour le mérite angelegt hatte. Wahrscheinlich, um anzudeuten, daß er jederzeit zum Straßenkampf bereit sei.

Diese Tatsachen sollte auch der „Vorwärts" begreifen, der zwar das Eingreifen der Polizei für voreilig und unentschuldbar erklärt, aber die Helden des Herrn Richter doch gewissermaßen dadurch entschuldigt, daß er die Demonstration schlecht organisiert findet. Das rechtssozialistische Blatt benutzt außerdem diese Gelegenheit, um Arm in Arm mit dem „Berliner Tageblatt" in der Hetze gegen die USPD. fortzufahren, die den Schiedsspruch abgelehnt haben soll. Unsere Leser wissen, daß das eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung ist. Die städt. Betriebe, die zum großen Teil Ueberschüsse liefern, können nicht dazu dienen, den gesamten Etat der Stadt zu balancieren. Die ständige Heraufsetzung der Tarife muß eine Grenze in der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung finden. Darum hat unsere Fraktion die Verkoppelung der Deckungsvorlage mit dem Schiedsspruch hartnäckig bekämpft zu dem Zwecke, daß erst bei der Beratung des Etats über neue Steuerquellen Vorschläge gemacht werden sollen. Unsere Fraktion befindet sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Lohnkartell der städtischen Arbeiter, das aus sechs Gewerkschaften besteht, von denen manche dem „Vorwärts" vielleicht nicht ganz fernstehen.

Schließlich sei noch die Stellungnahme der „Sozialistischen Korrespondenz" erwähnt, die ihren Artikel folgendermaßen beginnt:

> In Berlin wird wieder einmal auf 24 Stunden Protest gestreikt. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Die städtischen Arbeiter verlieren je durchschnittlich 150 M. Tagelohn, die Bevölkerung Berlins muß weite Strecken laufen und wählt das nächste Mal noch etwas reaktionärer als das vorige Mal, wo schon mehr bürgerliche als sozialistische Stimmen abgegeben wurden, und in einigen Wochen wird der Blödsinn wiederholt. Und das geht so weiter, solange die große Masse der Arbeiterschaft auch in den Betrieben nicht ein für allemal unwiderruflich entschlossen ist, den kommunistischen Aufhetzereien keinerlei Beachtung zu schenken, mögen die toben so viel sie wollen.

Wir begnügen uns damit, den Arbeitern diese Leistung des Rechtssozialisten Herrn Heilmann zur Kenntnis zu geben. Jedes polemische Wort darüber erscheint überflüssig.

Die Treppe heraufgefallen

Die „Weltbühne" berichtet in ihrer letzten Ausgabe:

„Der bekannte Polizeidirektor Henninger, der vor Ausbruch der Revolution der schärfste reaktionäre Diktator beim Oberkommando in den Marken war, ist jetzt — unter dem Minister Severing — zum Regierungsrat ernannt worden. Mich wundert, daß der Mann seinen Minister nicht wegen Beleidigung verklagt hat."

Das Hebammengesetz im Landtag

Der bevölkerungspolitische Unterausschuß des Preußischen Landtags hat in zweiter Lesung dem Hebammengesetz-Entwurf die Fassung gegeben, in der er voraussichtlich Gesetz werden wird. Eckpfeiler des Gesetzes bleibt die „freie", nur durch Niederlassungsgenehmigung gebundene Hebamme für die Geburtshilfe in den Städten. Für das Land sollen die Kreise Bezirkshebammen anstellen, denen ein Mindesteinkommen und ein Ruhegeld für Alter und Invalidität gewährleistet ist. Eine von dem Genossen Dr. Weyl in immer erneuten Vorstößen warm befürwortete fakultative Ausdehnung des Bezirkshebammenwesens auf die Städte, fand starken Widerstand. Es wurde schließlich insonderheit überwunden, als der Unterausschuß beschloß: „Bezirkshebammen sind Hebammen, die von einem Stadt- oder Landkreise für räumlich abgegrenzte Bezirke (Hebammenbezirke) auf Grund statutarischer Regelung durch Dienstvertrag angenommen werden. Eine Annahme von Bezirkshebammen findet nur statt, wenn das Bedürfnis eines Bezirks nach einwandfreier Hebammenhilfe nicht gedeckt werden kann, weil für den Bezirk keine genügende Zahl Hebammen die Niederlassungsgenehmigung besitzt."

Die Altersversorgung der Hebammen mit Niederlassungsgenehmigung wurde in der Weise geregelt, daß der Staat die Hälfte der Versicherungsbeiträge bis zur Höhe von 300 Mark jährlich zurückerstattet, wenn die Hebamme sich selbst versichert. Den jetzt 65 Jahre alten Hebammen, die, durch das neue Gesetz gezwungen, spätestens nach fünf Jahren ihren Beruf aufgeben müssen, können auf Empfehlung der Kreishebammenstelle staatliche Beihilfen gewährt werden, wenn sie bei Inkrafttreten des Gesetzes wegen Schwäche ihrer körperlichen und geistigen Kräfte freiwillig auf die Ausübung ihrer Berufspflichten verzichten. Genosse Weyl versuchte vergebens, die Regierung zu weitergehenden Zugeständnissen im Interesse der alten Hebammen zu bewegen. Es ließ sich im Moment nicht mehr erreichen.

Das Gesetz weist an verschiedenen Stellen Fortschritte gegenüber dem bisherigen Zustand auf. Zur Linderung der geburtsberuflichen Nöte, soweit sie sich durch Reformen des Hebammenwesens erreichen läßt, wäre zweifellos mehr geschaffen worden, wenn die Mehrheitssozialisten in der Koalitionsregierung etwas weniger rücksichtsvoll aufgetreten wären.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Im bevölkerungspolitischen Ausschuß des Reichstages begannen die Verhandlungen über den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit der Generaldebatte. Staatssekretär Damann gab zunächst einen kurzen Rückblick über das, was bisher auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von Reichs wegen geleistet worden ist. Abg. Quessel als Berichterstatter erläuterte den Gesetzentwurf an der Hand der Paragraphen. Im Mittelpunkt des Entwurfes steht die Behandlungspflicht der Geschlechtskranken durch approbierte Aerzte und die Aufhebung der Reglementierung der Prostitution. Er bezeichnete es als Fortschritt, daß der Kontrollzwang auch auf das männliche Geschlecht ausgedehnt wird und daß nicht mehr, wie bisher, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einen polizeilichen, sondern einen sanitären Charakter tragen. Abg. Mumm wünschte in den Gesetzentwurf Bestimmungen, die nicht nur sanitärer, sondern auch ethischer Natur seien. Abg. Lutter verlangte die Aufrechterhaltung der Bestimmungen über die gewerbliche Prostitution. Genosse Moses sprach zunächst für sich, da die Fraktion zu dem Gesetzentwurf bisher noch nicht Stellung genommen hatte. Er glaubt, daß der größte Fortschritt bei der Einbringung dieses Gesetzes darin beruht, daß zunächst einmal die Erörterung der Geschlechtskrankheiten aus der Sphäre der bisherigen Heimlichtuerei herausgeholt und in die Oeffentlichkeit getragen wird. Ob sich eine Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten allein durch Anzeigepflicht und Meldungen herbeiführen lasse, erscheint noch sehr fraglich. Wichtiger sei eben die Aufklärung. Ueber die Anzeigepflicht, die ausschließliche Behandlung durch approbierte Aerzte, usw. werde noch manches bei der Spezialberatung zu sagen sein.

Charakteristisch war das Verhalten des Vertreters der bayrischen Regierung, der gegen den Gesetzentwurf die schwersten Bedenken deshalb hegte, weil diese mit den religiösen und sittlichen Empfindungen des bayrischen Volkes im Widerspruch stände. Regierungsvertreter gaben noch Erläuterungen über den Umfang der Geschlechtskrankheiten an der Hand von Statistiken, deren Richtigkeit vom Genossen Moses stark in Zweifel gezogen wurden. Morgen soll bereits in die Spezialdebatte eingetreten werden.

An die arbeitende Jugend!

Jugendgenossen! Jugendgenossinnen!

Der 1. Mai war der Tag des Proletariats! Einig und geschlossen ist die Arbeiterschaft und die Jugend aufgetreten und hat trotz des Widerstandes des Kapitalismus seine Forderungen erhoben:

Für den Völkerfrieden!
Für den Achtstundentag!
Für die Einigung des Proletariats!

Der 7. Mai sei der Tag der Jugend!

Die Maifeier der Sozialistischen Proletarier-Jugend Berlin-Brandenburg findet nachmittags 2 Uhr in Pichelsberge auf dem Pichelswerder (am Restaurant) zum „Alten Freund" statt.

Jugendliche, erscheint in Massen!
Eltern, Parteigenossen, beteiligt Euch!

Zentrale der Sozialistischen Proletarier-Jugend

Agrarische Unverschämtheit

Dank dem ständigen Zurückweichen der Regierung vor jedem drohenden Augenzwinkern der Agrarier sind diese fortgesetzt kühner und unverschämter geworden. Das Umlageverfahren bei der Getreideablieferung haben sie sabotiert und dadurch die Getreidepreise auf die Höhe der Weltmarktpreise, ja noch darüber hinaus getrieben. Da infolgedessen die Not der breiten Massen auf ein unerträgliches Maß gestiegen ist und die Forderung nach einer Erweiterung des Umlageverfahrens und nach seiner Ausdehnung auch auf Kartoffeln nicht mehr mit der verlogenen Redensart abgetan werden kann, daß nur die freie Wirtschaft eine ausreichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen garantiere, verlegen sich jetzt die Agrarier aufs Drohen. So faßte der Kreisvertretertag des Pommerschen Landbundes soeben eine Entschließung, in der es heißt:

> „Die im Pommerschen Landbund vereinigten Landwirte vom Arbeiter bis zum Großgrundbesitzer erheben schärfsten Widerspruch gegen die von der Regierung geplante Umlage. Jeder Versuch, der Landwirtschaft erneut eine Umlage aufzuzwingen, wird den erbittertsten Widerstand des geeinigten Berufsstandes hervorrufen. Die Bauernschaft hat Mittel an der Hand, um die in der Vorlage anzusehende Sonderbesteuerung der Landwirtschaft sowohl in ihrer Vorbereitung wie auch in ihrer Durchführung hinfällig zu machen und wird von ihnen rücksichtslos Gebrauch machen, auch wenn die Regierung versuchen sollte, in die Landwirtschaft Zersplitterung zu tragen. Die Pommersche Landwirtschaft ist bereit, an ihrem Teil mitzuwirken an der Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes."

Damit haben sich die Agrarier Pommerns auf den gleichen Standpunkt gestellt, wie vorher schon ihre agrarischen Bundesgenossen in Brandenburg. Denn der Brandenburgische Landbund hatte schon vor Wochen eine ähnliche Entschließung gefaßt. Wird der Versuch gemacht, den beispiellosen Wucher der Agrarier einzudämmen und die Bevölkerung vor dem Verhungern zu schützen, so droht die agrarische Fronde mit dem Lieferstreik.

Aber damit nicht genug: die Agrarier wollen auch wieder die früheren Verhältnisse auf ihren Gütern einführen, als sie selbst oder der Herr Inspektor mit der Reitpeitsche die Landarbeiter und Landarbeiterinnen noch antrieben und die jungen Landarbeiterinnen sich jeder Unflätigkeit der Herren fügen mußten. Und da nicht hinreichend billige „fremdstämmige" Arbeiter unseren deutschnationalen Junkern zur Verfügung stehen, um die ersehnten „guten alten Verhältnisse" wieder durchzuführen, organisierten sie einen Teil der Landarbeiter in gelben Verbänden, die mit dem auf die Güter verpflanzten Roßbach-Gesindel durchsetzt sind. Diesen Gelben ist die Aufgabe zugedacht, den Landarbeiterverband zu schändigen und Streiks gegen die Tyrannei der Junker zu brechen. Wo die Gelben hierzu nicht ausreichen, wird die Technische Nothilfe aufgeboten. Und wehe, wenn eine Landesregierung den Wünschen der Junker, die Technische Nothilfe einzusetzen, nicht sofort entspricht. Dann hagelt es Proteste. So auch jetzt wieder bei dem Streik der Landarbeiter auf einer Reihe Güter in Mecklenburg-Strelitz. Weil die Regierung den Willen der Agrarier nicht erfüllt und nicht sofort die Technische Nothilfe mobil gemacht hat, richtete der engere Vorstand des Reichslandbundes an den Reichsminister des Innern eine lebhafte Beschwerde. Höchst eigenartig nehmen sich die Gründe aus, die der Vorstand dabei ins Feld führt. Ist darin doch die Rede von der Gefährdung der Ernte und — selbstverständlich — von der Volksernährung. Das wagen die gleichen Leute anzuführen, die durch ihr Verhalten den Streik provozierten und die sich, wie eingangs hervorgehoben, den Teufel um die Volksernährung kümmern. Ihr Motto ist einzig und allein der Profit und das Herrenrecht. Aber gerade deshalb muß erwartet werden, daß der Reichsminister des Innern dem Reichslandbund eine scharfe, abweisende Antwort zuteil werden läßt.

Die Braunschweigische Regierung zurückgetreten

Braunschweig, 4. Mai.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde in der fortgesetzten Beratung des Berichts des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der inzwischen abgeänderte Antrag des Abgeordneten Kaeser (Landeswahlverband), welcher lautet: „Der Landtag möge beschließen, das Staatsministerium besitzt das Vertrauen des Landtags" in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Nach der Abstimmung über den Antrag Kaeser in der Landesversammlung zog sich der Aeltestenrat zur Beratung zurück. Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen worden war, wurde die erste Lesung des Etats ohne Aussprache angenommen und der Etat dem Finanzausschuß überwiesen. Darauf erklärte Minister Antrick, daß er und seine Kollegen die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterführen würden. Der Präsident schloß darauf die Sitzung und vertagte den Landtag bis auf weiteres.

Wenn in der gestrigen Sitzung des braunschweigischen Landtags die Regierung keine Mehrheit bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum erlangte, so nur deshalb, weil Sepp Oerter sich auf die Seite der Reaktion schlug, der diese Hilfe ihres neuen Bundesgenossen selbstverständlich sehr willkommen war und die ihm ja auch bereitwillig die Spalten ihrer Presse zur Ablagerung seiner Verleumdungen öffnet. Ueber eine Mehrheit verfügen indessen die bürgerlichen Parteien trotz ihres „Hospitanten" Oerter nicht, denn den 29 bürgerlichen und dem 1 Hospitanten Oerter stehen 30 sozialistische bezw. kommunistische Abgeordnete gegenüber.

Kein Volksbegehren in Sachsen

Der von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in Sachsen gestellte Antrag, ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtags zuzulassen, ist von der sächsischen Regierung abgelehnt worden, da der Antrag den Bestimmungen des Gesetzes nicht genügt. Das Gesetz schreibt vor, daß ein solcher Antrag von mindestens 1000 Stimmberechtigten unterzeichnet sein oder glaubhaft gemacht werden muß, daß er von wenigstens 20 000 Personen unterstützt wird. Beides ist nicht geschehen.

Aus der Partei

Bezirksparteitag der USP. Rheinland und Westfalen

Am 30. April tagte in Düsseldorf der Bezirksparteitag der bisherigen Bezirke Niederrhein, Mittelrhein, östliches und westliches Westfalen. Aus diesen Bezirken waren 74 Delegierte, Reichstags- und Landtagsabgeordnete sowie Genosse Ludwig vom Parteivorstand zusammengekommen, um die Grundlagen für die Landesorganisation des westdeutschen Industriegebietes zu schaffen. Damit diese Aufgabe gelöst werden konnte, mußte die Hauptarbeit der Tagung die Beratung des Organisationsstatuts werden. Man kann nach der beendigten Tagung sagen, daß es gelungen ist, dem Selbständigkeitswillen der bisherigen Bezirke Rechnung zu tragen und trotzdem die organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Parteiorganisationen zu erreichen. Das von der Bezirksleitung Niederrhein vorgelegte Organisationsstatut kam nach einigen kleinen Abänderungen zur Annahme. Für die Leitung der Landesorganisation wurde die Bezirksleitung Niederrhein gewählt. Der Sitz derselben ist Düsseldorf, das von den westdeutschen Bezirken die stärkste Organisation innerhalb unserer Partei hat. Hier laufen für die Parteibewegung des Westens nunmehr die Fäden zusammen und damit ist die Partei organisatorisch der Konzentrierung, die das Kapital der Industrie diktierte, angepaßt. Der Bericht der Sekretäre aus den einzelnen Bezirken zeigte, daß unsere Parteibewegung eine stabile geworden und die, durch die Spaltung verursachte Erschütterung überwunden ist. Der Mitgliederbeitrag für den Bezirk Niederrhein wurde auf monatlich 10 M. für männliche und 5 M. für weibliche Mitglieder festgesetzt.

Der Bezirksparteitag beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Koalitionspolitik und lehnte einstimmig die von Gen. Morkel-Solingen im „Sozialist" vertretene Ansicht ab, die eine Koalition mit Bürgerlichen aus Zweckmäßigkeitsgründen empfiehlt.

M. SCHULMEISTER

Kottbuser Tor
Herrenanzüge M. 1575-3500
Herrenschlüpfer M. 1450-3000
Regenmäntel

Billige Preise für Wirtschafts-Artikel

Heute beginnt unser großer Wirtschaftswaren-Verkauf. Er bietet Hausfrauen und Restaurateuren Gelegenheit, gute Waren zu außergewöhnlich billigen Preisen zu erstehen.

Jedes 9.50 Stück

5 Porzellantassen, Schalenform, weiß 9.50
6 Wassergläser, gepresst .. 9.50
5 Esslöffel, Aluminium ... 9.50
6 Kleiderbügel 9.50
2 Vorratstonnen mit Deckel, dekor. 9.50
2 Flaschen Essig u. Oel .. 9.50
1 Wasserkaraffe m. Glas 9.50
1 Weissbierglas 9.50
1 Handkorb, bemalt, groß 9.50
1 Schöpflöffel, weiß Emaille 9.50
1 Wasserkanne 9.50
1 Nachtgeschirr 9.50
2 Einkochgläser, 2 Liter mit Ringen 9.50

Glas!

Käseglocken gepresst, groß 19.50
Butterdosen gepresst, groß 19.50
Kompottschalen groß 13.75
Zitronenpressen 3.75
Kuchenteller groß 19.50
Honiggläser 2 Pfund mit Schraubdeckel .. 4.95
Milchsatten ½ Liter 3.75
Teebecher 4.95

Emaille!

Kaffeekannen 12.75
Milchtöpfe gebaucht 9.75
Kochtopf mit Ring 29.50
Kasserollen 20 cm 29.50
Wasserkessel mit Sack, 20 cm 29.50
Leitungsschoner weiß 48.75
Waschbecken mit Seifnapf, weiß 38.50
Schüsseln grau, 20 cm 19.75

Porzellan!

Kompotteller 2.95
Kaffeekannen mit Patentdeckel, konisch, für 6 Personen 19.75
Milchtöpfe konisch 5.95
Zuckerschalen .... 75 Pf.
Tassen mit Untertassen, Goldrand und Blauband, mod. Form 9.50
Suppenterrine für 12 Personen 48.00
Gemüseschüsseln rund, groß 19.50
Kaffeeservice dek., 9teilig 175.00

Holz- u. Bürstenwaren!

Aermelbretter 8.95
Gurkenhobel 10.85
Besteckkästen 3teilig 13.75
Hocker gebeizt 29.50
Waschbretter mit starker Zinkeinlage ... 24.50
Roßhaarbesen 49.75
Roßhaarhandfeger 21.75
Schuhbürsten 3.95

Steingut!

Speiseteller tief und flach 2.45
Salats viereckig, mit Goldrand 9.75
Saucieren mit Goldrand 14.75
Bratenplatten mit Goldrand 10.75
Kaffeebecher 2.85
Satzschüsseln 6teilig 29.50
Waschbecken weiss und bunt 29.50
Waschgarnituren 6teilig 79.50

Wirtschaftsartikel!

Lederschwämme 2.95
Maschinentöpfe ca. 1 Ltr., Aluminium .. 19.75
Kartoffelpressen prima verzinkt 12.75
Ringständer 12.75
Basttaschen mit Gurt und Griff 34.50
Kohlenplätten 98.00
Waschkorb oval 75.00
Spirituskocher 15.75

LOEWENBERG & CO.

SWINEMÜNDER STRASSE 86 ECKE LORTZING-STRASSE

Straßenbahnverbindungen: Haltestelle Demminer Straße 27, 40, III, G, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 4, 130 u. Ringb. Gesundbrunnen.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Der Traum ein Leben**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Heuchler**

Staats-Theater Opernhaus 6½ Uhr: **Schatzgräber**
Schauspielhaus abends 7½ Uhr: Ausser Abonnement Zum 1. Male: **Napoleon**

Deutsches Theater 7½ Uhr: **Cyrano von Bergerac**
Kammerspiele 8: Das Paketboot Tenacity

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Judith**

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus: Tgl. 8 U. „**Gretchen**" *Glässner, Roberts*

Berliner Theater 7.0 Uhr: **Madame Flirt**

Wallner-Theater 7½ Uhr. **D. beiden Nachtigallen**

7½ **Casino-Theater** 7½ Der neue Schlager **Der Neffe aus Afrika.**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: **Brot und Arbeit**

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Gasthaus zur Liebe**

ROTTER-BÜHNEN Täglich 7½ Uhr:
Residenz-Theater **Eine Frau ohne Bedeutung**
Trianon-Theater **Moral** v. Ludw. Thoma

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr **Verliebte Leute**

Mandolinen, Guitarren, Lauten. Teilzahlung. Schmidt, Bln. Petersburger Str. 23, I

Theater a. Kottbus. Tor Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr

Elite-Sänger u. a.: Liederspiel „Fantasie im Ratsweinkeller" Ferner der lust. Einakter: „Der Schipper"

CIRCUS BUSCH
Circens. Teil: 7½ Uhr Man.-Schaust. 8¼ U. Sonntags auch 3 Uhr
Heute Freitag!
Steny wird ans Martergerüst geschmiedet durch Schlossermstr. Färber Neukölln, Rosenstr. 12
Dress. Wunder-Affen.
Manege-Schlager „**Ueber'n großen Teich**"

Die anerkannt vorzügl. Küche und gutgepflegte Biere findet man im
Gewerkschaftshaus
SO 16, Engelufer 25, Fernspr.: Moritzpl. 5641
Billigste Preise
Musik und Gesang

Metall ankauf „Königstor," Neue Königstraße 87 zahlt Tagespreise für Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.

Metall ankauf „Osten." Grün. Weg 88 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

ALHAMBRA
KURFÜRSTENDAMM 68
Vom 5.—11. Mai:
Lya Mara-Woche.
Heute:
Lya Mara
in
Trix. Der Roman einer Millionenerbin!
Auf der Bühne:
Lisa Weise
Karl Beckersachs
in dem Sketch
Der kleine Bredow.
Neue Tänze
unter Leitung des Ballettmeisters
Molkow
von der Staatsoper.
Solo-Tänzerin Erna Gagelke.
Wochentags Anfang 8 Uhr. Sonntags Anfang 5 und 8 Uhr. Sonntags 5 Uhr ermässigte Preise. Vorverkauf täglich 11—1 Uhr.

Teilzahlung!
Garderobe
für Damen, Herren und Burschen
sehr preiswert
infolge groß., alter Lagerbestände
bei bequemen Ratenzahlungen
H. Tyra & Co., Berlin, Neuenburgerstr. 20

Fahrraddecken 95, 120, 150 M.
Luftschläuche 25, 35, 45 M.
Versand nach ausw. Eugen Schmidt, Berlin, Badstraße 13

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig M. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9289)

Musiker
für alle Gelegenheiten stellt die Ortsverwaltung des Deutschen Musiker-Verbandes. Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Norb. 988

Für 50 Mark wöchentl. erhalten Sie bei kl. Anzahlg. einzelne **Möbel** jeder Art sowie Ausstattungsstücke von Gardinen, Bettdecken, Bettwäsche für wöchentlich **20 Mark**
Zorndorfer Str. 54 **Barthel**

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff** Friedrichstr. 41, III, Ecke Kochstr.

Der Mord an Liebknecht und Luxemburg
Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten
Preis 12.— M.
Buchhandlung „**Freiheit**"
C. 2, Breite Str. 8-9

Fugenlose **Trauringe**
Dukat.-Gold, 900 gest. von 200.— M. an,
333—585 gest. in großer Auswahl.
Namen u. Etuis umsonst. Ringe gleich mitzunehmen.
Trauringfabrik G. Alb. Thal,
C 19, Seydelstr. 5 (Spittelmarkt).
Zur Beachtung! Wir sind das einzige Spezialgeschäft Deutschlands, welches mit direktem Verkauf an Private nur Trauringe führt. Garantieschein für Goldgehalt!

Briefwechsel zwisch. Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 8.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Spezialarzt Dr. Jaffé für Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden; Syphilis-Kuren, Blutuntersuch. in der Heil-Anst. „Löser" **Dir. O. Löser** Münzstr. 9, nahe Alex.-Platz, 9-1, 4-7 Sg. 10-12. Dam. sep.

✂ Ausschneiden! ✂

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der täglich einmal erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauenwelt" und „Jugend-Genosse" zum Preise von Mk. 35.— monatlich, Mk. 17.50 halbmonatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: ______

Ort: ______ Straße: ______ Nr. ______

(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Sfl., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzusenden.

Bekanntmachung.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend.

Zu der am **Donnerstag, den 18. Mai 1922, nachm. 5 Uhr** im Restaurant von Ziege in Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 29 (am Marktplatz) stattfindenden **ordentlichen Ausschußsitzung** lade ich die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber hiermit ein.

Tagesordnung:
1. Wahl des Ausschußvorsitzenden.
2. Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
3. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Als Legitimation ist der in Händen befindende Ausweis in der Sitzung vorzulegen.

Adlershof, den 3. Mai 1922.
Der Kassenvorstand.
Max Knappe, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Gaspreis.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1922 haben wir den Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, [illegible], Lichtenberger, Spandauer, Köpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligenseer Gaswerke mit Wirkung von der im Anschluß an diese Bekanntmachung erfolgenden Standaufnahme ab einheitlich auf **4.30 Mark** für das Kubikmeter festgesetzt.

Berlin, den 4. Mai 1922.
Verwaltung der städtischen Gaswerke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr. • Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! **Urabstimmung** *Achtung!*

Kolleginnen und Kollegen! Die **Urabstimmung** zur Wahl der Delegierten zum **11. Gewerkschaftskongreß am 19. Juni in Leipzig** findet für unsere Verwaltungsstelle

am Montag, den 8. Mai, nachmittags von 1 — 6 Uhr

in nachstehenden Lokalen statt:

Norden:
1. **Giesche,** Kopenhagener Str. 74.
2. Büttner, Schwedter Str. 23.
3. Raß, Marstraße 12.
4. Grundmann, Malplaquet-, Ecke Seestraße.
5. Barleben, Wildenow-, Ecke Burgsdorfstraße.
6. Zimmer, Fehmarnstraße 6.
7. Fritsch, Drontheimer Straße 4.
8. Knapp, Grünthaler Straße 6.
9. Krüger, Hussitenstraße 33.
10. Carus, Voltastraße 37.
11. Döhling, Brunnenstraße 79.
12. Leuschner, Ackerstraße 110.
13. Stein, Pankstraße 80.
14. Wende, Koloniestraße 147.
15. Kletschmann, Ackerstraße 122.
16. Elgt, Gerichtstraße 74.
17. Dams, Schlegelstraße 9.

Nordosten:
18. Spaet, Georgenkirchstraße 65.
19. Kujawski, Greifswalder Str. 191.

Osten:
20. Köhler, Matternstraße 14.
21. Pilzecker, Blumenstraße 34.
22. Rosin, Gubener Straße 19.
23. Bähr, Stralauer Allee 47.

Südosten:
24. Hellmuth, Görlitzer Straße 58.
25. Reinke, Grünauer Straße 17.
26. Gewerkschaftshaus, Engelufer 24.
27. Benoit, Adalbertstraße 4.
28. Prasser, Michaelkirchstraße 29a.
29. Greive, Rungestraße 30.

Süden:
30. Nowak, Gitschiner Straße 66.
31. Blenkle, Boppstraße 1.
32. Winter, Ritterstraße 117.

Südwesten:
33. Spörer, Gneisenaustraße 30.
34. Topp, Alte Jakobstraße 1.

Westen:
35. Wiemer, Bülowstraße 58.

Nordwesten:
36. Krüger, Putlitzstraße 10.
37. Sturz, Huttenstraße 9.
38. Oetschläger, Berlichingenstraße 5.
39. Thidemann, Waldenserstr. 19.
40. Keiser, Gotzkowskystraße 34.

Zentrum:
41. Hummel, Sophienstraße 5.
42. Rentwig, Linienstraße 196.

Adlershof:
43. Kaul, Helbigstr., am Marktplatz.

Charlottenburg:
44. Nebel, Salzufer, Ecke Englische Str.
45. Thunack, Wielandstraße 4.
46. Peters, Nehringstraße 23.
47. Müller, Osnabrücker Str. 27.

Cöpenick:
48. Augustin, Rosenstraße.

Friedrichshagen:
49. Tinius, Friedrichstraße 122.

Hennigsdorf:
50. Restaurant Pfefferberg.

Hohenschönhausen:
51. Marquardt, Berliner Straße 85.

Kalkberge:
52. Kreter, Am See.

Lichtenberg:
53. Seipke, Kronprinzenstraße 47.
54. Albrecht, Neue Bahnhof-, Ecke Alt-Boxhagen.
55. Zur Wartburg, Frankfurter Allee, am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde.
56. Zur Edeltanne, Herzbergstraße 22.

Mariendorf:
57. Streiter, Chausseestraße 27.

Neukölln:
58. Ideal-Kasino, Weichselstraße 8.
59. Bicnick, Okerstraße 5.
60. Rückheim, Berg-, Ecke Lahnstraße.

Niederschöneweide:
61. Schöps, Grünauer Straße 8.

Oberschöneweide:
62. Imberg, Wilhelminenhofstraße 34.

Pankow:
63. Schmidt, Flora-, Ecke Görschstraße.

Reinickendorf-West:
64. Jugendheim, Scharnweberstr. 108.
65. Weding, Berliner Straße 111.

Reinickendorf-Ost:
66. Kossath, Provinzstraße 61.

Rosenthal:
67. Feind, Am Bahnhof.

Schöneberg:
68. Rosenthal, Eberstraße 66.
69. Schulz, Reichartstraße 3.

Seegefeld:
70. Wolf, Hauptstraße.

Siemensstadt:
71. Sundheim, Nonnendamm-Allee 87.

Spandau:
72. Windt, Pichelsdorfer Straße 5.
73. Kohlschmidt, Neuendorfer Str. 87.
74. Germania-Festsäle, Streſowplatz 19.

Staaken:
75. Wolf, Spandauer Straße 112.

Steglitz:
76. Borkmann, Rheinstraße 40.
77. Henke, Flensburger, Ecke Düppelstr.

Teltow:
78. Staar, Berliner Straße 7.

Treptow:
79. Wäschke Heidelberger Straße 81.

Tegel:
80. Lehnhardt, Berliner Straße 84.

Weißensee:
81. Masche, Berliner Allee 251.
82. Höppner, Berliner Allee 94a.

Wildau:
83. Wildauer Hof, Schwartzkopffstraße.

Wittenau:
84. Schulz, Am Bahnhof.

Abstimmungsberechtigt ist nur, wer mit seinen Beiträgen nicht über sechs Wochen im Rückstande ist.

Wahlen zum Gewerkschaftskongreß

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die freien Gewerkschaften Deutschlands halten im Juni dieses Jahres in Leipzig den 11. Kongreß ab. Dort wird bis zum nächsten Kongreß die Taktik der deutschen Gewerkschaften für die nächsten Jahre festgelegt. Es besteht nun die Tatsache, daß innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft unterschiedliche Meinungen über den von der Gewerkschaftsbewegung einzuschlagenden Weg zur Erreichung unserer proletarischen Ziele vorhanden sind.

Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die einzelnen Richtungen versuchen werden, in ihrem Sinne liegende Majoritätsbeschlüsse auf dem Gewerkschaftskongreß zu erreichen. Von der deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft muß infolgedessen die Frage geprüft werden, welche Richtung bisher den Beweis geliefert hat, den richtigen Weg zur Erreichung unserer Ziele eingeschlagen zu haben.

Die rechtssozialistische Richtung hat seit 1918 unentwegt die Politik der Klassenaussöhnung als ein wesentliches Moment der Gewerkschaftsarbeit betrachtet. Ihre Auswirkung, die Arbeitsgemeinschafts-Politik, wird heute noch von ihnen mit höchster Energie als die allein richtige Taktik verfochten. Ein bestimmter Teil der seit 1918 erfolgten kapitalistischen Wiedererstarkung ist auf das Konto dieser verkehrten Politik zu setzen. Trotzdem ein Teil der Anhänger der rechtssozialistischen Richtung sich dieser Erkenntnis nicht mehr verschließen kann, betrachten die führenden Leute der rechtssozialistischen Gewerkschaftstaktik auch heute noch das freiwillige Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum als eine im Interesse der Arbeiterschaft liegende Notwendigkeit.

Die kommunistische Richtung versucht seit mehreren Jahren, das noch bestehende einheitliche Bollwerk der deutschen wie internationalen Arbeiterschaft zu zerreißen. Es sollen die deutschen Gewerkschaften vom Internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbund, in dem gegenwärtig schon 24 Millionen freigewerkschaftlich organisierter Proletarier vereinigt sind, abgetrennt und einer nur eine ganz kleine Anzahl Organisierter umfassenden — Internationale, die ihren Sitz in Moskau hat, angegliedert werden. Diese Lostrennung, die leider auch mit viel unlauteren Mitteln propagiert wurde, mußte unbedingt zur Schwächung der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung führen.

Jeder, der es ernst meint mit der Gewerkschaftsbewegung, und sie nicht als Mittel zu politischen Zwecken betrachtet, wird sich sofort darüber klar sein, daß die Arbeiterbewegung nicht vorwärtsmarschieren kann, wenn auf der einen Seite der Ballast der Unternehmerkoalition hängt und auf der anderen Seite die Gefahr der Zersplitterung droht.

Die unabhängige Richtung hat sich in ihrer bisherigen Gewerkschaftspolitik frei von allen Illusionen bewegt. Unter prinzipieller Ablehnung einer Gemeinschaftspolitik mit Unternehmern, aber auch unter konsequenter Ablehnung aller Versuche, die Einheit der Arbeiterbewegung zu zersplittern, ist sie unbeirrt durch Angriffe von rechts und links ihren durch die ökonomische Notwendigkeit bedingten Weg gegangen. Vor den notwendigen Kämpfen nicht zurückschreckend, aber auch nur dann kämpfend, wenn das Kampfziel dem Einsatz der Kräfte entsprach, hat die unabhängige Richtung gezeigt, daß sie im Gewerkschaftskampf planmäßig den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus folgt.

Es muß infolgedessen für den ernsthaften organisierten Arbeiter eine Selbstverständlichkeit sein, nur die Kandidaten der Richtung zu wählen, die ohne Illusion nach der einen oder anderen Richtung auf der geraden Bahn des Gewerkschaftskampfes voranschreitet. Diese Voraussetzungen werden nur dann erfüllt, wenn die Gewerkschaftsmitglieder **nur USP.-Gewerkschaftler zum Leipziger Kongreß delegieren.**

Groß-Berlin

Freikorps Roßbach und „Fridericus Rex“

Kürzlich konnte eine Zeitschrift Einzelheiten der für den 3. Teil des „Fridericus Rex“ gefilmten „Schlacht bei Leuthen“ mitteilen. Danach hat im Auftrage der Filmgesellschaft ein Baumeister aus Jüterbog in der Nähe des Truppenübungsplatzes das Dorf Leuthen historisch getreu aufgebaut. Historisch getreu ist es gestürmt und zusammengeschossen worden.

Solche Filmschlachten sind an sich nichts neues. Interessant war lediglich der Hinweis, daß zur Vermittlung dieses „vaterländischen Unterrichtes“ als Statisten Leute verwendet werden, die auf das Waffenhandwerk augenscheinlich gut eingedrillt sind. Es waren „Gutsarbeiter“, die nach ihren eigenen Angaben auf die umliegenden Güter verteilt und schwer bewaffnet sind. Ihre Vorgesetzten sind als „Gutsinspektoren“ tätig und unterstehen dem berüchtigten Freicorpsführer Leutnant Roßbach. Angeblich ist dieses Landsknechtskorps von Amts wegen aufgelöst. —

Wir sind in der Lage, der Oeffentlichkeit weitere interessante Mitteilungen zu machen. Die Organisation der „aufgelösten“ Roßbachgarde scheint merkwürdig gut zu funktionieren. So war es Herrn Roßbach möglich, in ganz kurzer Zeit ungefähr 1500 Mann für die „Schlacht bei Leuthen“ zu mobilisieren. Die tapferen Freischärler bezogen da draußen ein Lager und soffen sich vier Wochen lang auf Kosten der Filmgesellschaft (der natürlich jede politische Absicht fernliegt!!) in die richtige Wallensteiner Landsknechtsstimmung hinein. Unterstützt wurden sie hierbei von zahlreichen Offizieren des Kaisers und — des Zaren! Weißgardistische russische Aristokraten ließen in diesem Film-Lager in Gegenwart deutscher Offiziere und Soldaten die russische Monarchie und die Armee des Zaren hochleben! Wir wollen eine Widmung wiedergeben, die ein Zarenoffizier mit altem Adelsnamen einem Direktor der Filmfirma auf eine Photographie schrieb: „Monarchie! — Pogrom!! — Weißer Terror!!!“ — Also in vier Worten das ganze Programm der Reaktion.

Leutnant Roßbach läuft dort draußen schwer bewaffnet herum und rühmt sich laut, durch eigens dafür reisende und bezahlte Offiziere eine scharfe Kontrolle der vielen Mannschaften auszuüben, die er auf Gütern der östlichen Provinzen untergebracht hat und ihm jederzeit zur Verfügung stehen.

Fürwahr, offenkundiger kann der Nachweis der hochverräterischen Tendenz dieses Films nicht erbracht werden, als durch diese Zusammenarbeit einer angeblich unpolitischen Filmdirektion und der noch immer bestehenden „amtlich aufgelösten“ Freischar Roßbach. Die Herrschaften, die den parademarschübenden und das Dorf Leuthen stürmenden Grenadieren wütenden Beifall klatschen, wissen, weshalb sie das tun. Die zappelnde Leinwand des „Fridericus Rex“ ist für sie nicht nur anbetungswürdige, längst entschwundene Vergangenheit, sie ist für sie lebende Gegenwart und — was das Schicksal verhüten möge — blutige und nahe Zukunft.

Der deutschen Arbeiterschaft aber ist der „Fridericus Rex“, über dessen Entstehung und Tendenz wir bisher genügende Einzelheiten veröffentlichten, ein warnendes Exempel. Sie wird, davon sind wir überzeugt, den etwa noch erscheinenden Teilen dieses gegenrevolutionären Films eine noch gepfeffertere Abfuhr zuteil werden lassen, als es bis jetzt geschehen ist.

An die in Frage kommenden amtlichen Stellen unserer Republik aber muß mit allem Nachdruck die Frage gerichtet werden: **Ist man sich bisher nie darüber klar geworden, daß systematisch durch solche Propaganda die Stimmung vorbereitet wird für eine Aktion, die — wirkungsvoller als beim Kapp-Putsch — den Sturz der Republik zum Ziele hat?**

Wahrhaftig, es ist höchste Gefahr. Aber was kann man schließlich von einer Republik, die es nicht einmal wagt, ihren eigenen Geburtstag zu feiern, verlangen!

Einer von den ganz Alten

Im ersten Bande von Ed. Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ ist eine Mitgliedskarte des im Jahre 1866 gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeitervereins zu Berlin“ abgebildet, die auf den Namen Bruno Scholz lautet. Dieser Pionier der deutschen Arbeiterbewegung, der in seiner Jugend noch ein Zeitgenosse Ferdinand Lassalles war, ist gestern nachmittag im Krematorium Baumschulenweg eingeäschert worden.

Als Veteran der deutschen Sozialdemokratie starb Bruno Scholz im 76. Lebensjahre am 28. April d. J. nach zwölfjährigem schweren Leiden. Von Beruf Weber, führte er bereits im Jahre 1873 den ersten großen Stuhlarbeiter-(Weber-) Streik als Bevollmächtigter durch. Auch in der Parteibewegung der siebziger Jahre hat er, namentlich in der Landagitation, durch zähen Opfermut seine Pflicht erfüllt.

Es sind nur noch einzelne, die aus der Zeit der deutschen Arbeiterbewegung unter uns sind. Sie haben den Wandel der Zeiten erlebt, das Frührot einer neuen Zeit wohl dämmern, aber die Sonne der Freiheit nicht scheinen sehen. Möge der Leidensweg dieser wenigen „ganz Alten“ auf die jetzige Generation anfeuernd wirken. Sie hat es bitter nötig.

Parteijubilare. Die Genossen Rosenbaum, Neukölln, Siegfriedstr. 8—9, und Wenig, Neukölln, Hermannstr. 111, blicken in diesen Tagen auf eine fünfundzwanzigjährige Parteizugehörigkeit zurück. Seit Gründung der USP. zählen beide zu ihren Mitgliedern. Wir wünschen den Genossen noch einmal fünfundzwanzig Jahre emsiger Parteiarbeit im Interesse der Bewegung.

Die Ertränkung von Willi Wach, der Ende Januar beim Schlittschuhlaufen auf dem Müggelsee einbrach und ertrank, findet heute nachmittag 6 Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt. Seine Leiche ist erst am Montag, den 1. Mai, in der Nähe von Friedrichshagen angeschwemmt worden. — Von Hause aus Buchbinder, war Wach zirka drei Jahrzehnte Berichterstatter des „Vorwärts“ und als solcher vielen alten Genossen wohlbekannt. Sein tragischer Tod, er stand im 52. Lebensjahre, hat auch unser aufrichtiges Bedauern geweckt.

Oeffentliche Elternversammlung. Heute abend findet in Neukölln, Kliems Festsäle, Hasenheide 13—15, eine große öffentliche Elternversammlung statt. Gen. Stadtrat Dr. Löwenstein referiert über die Bedeutung der kommenden Elternbeiratswahlen. Die Versammlung ist einberufen von den vereinigten Elternbeiräten der SPD., USPD. und KPD. Arbeitereltern, deren Kinder noch die Schule besuchen, sind verpflichtet, zu erscheinen.

Der neue Gaspreis. Nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai ist der Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Neuköllner, Lichtenberger, Spandauer, Cöpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligenseer Gaswerke mit Wirkung von der jetzt folgenden Standaufnahme ab einheitlich auf 4,30 M. für das Kubikmeter festgesetzt.

Versuchter Selbstmord. Ein etwa 25 Jahre altes Mädchen versuchte Dienstag abend gegen 11 Uhr sich das Leben zu nehmen und sprang in die Spree. Ein zufällig im Gebäude der neuen Schleuse anwesender Fischer machte sich sofort auf die Suche, und es gelang ihm, die Lebensmüde unter der Mühlendammbrücke aus dem Wasser zu ziehen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(63. Fortsetzung.)

„Schwatz' keinen Unsinn!“ sagte ich.

Eine läppische Wut ergriff ihn, er brüllte und scharrte mit den Füßen.

„Mich haben sie totgeschlagen, und du . . .“

Und er schlug mich mit der schlaffen, unsauberen Hand gerade in die Augen. Ich schrie auf und stürzte, ganz geblendet, mit knapper Not auf den Hof hinaus, wo mich Natalia, die eben mit Jermochin ankam, glücklich auffing.

„Geh' zu ihm hinein, du Ochse,“ sprach sie zu diesem; und dann wandte sie sich mir zu: „Was ist mit dir?“

„Er hat mich geschlagen . . .“

„Geschla—agen hat er dich?“ versetzte sie erstaunt. „Er ist also wieder auf den Beinen? Na, danke deinem Schöpfer!“ fügte sie, zu Jermochin gewandt, hinzu.

Ich wusch mir die Augen aus, und als ich dann wieder in die Offiziersküche hineinschaute, sah ich, wie die beiden Soldaten einander umarmten und weinten. Dann wollten sie auch gegen Natalia zärtlich werden, sie schlug sie jedoch auf die Hände und schrie sie an:

„Weg mit den Pfoten, ihr Köter! Meint wohl, ich sei so eine von euren Schlumpen, hä? Legt euch in die Klappe und schlaft aus — wenn eure Herren nach Hause kommen, kann's euch schlecht ergehen! Na, vorwärts!“

Sie bettete sie wie kleine Kinder, den einen auf dem Fußboden, den andern auf seiner Feldbettstelle, und als sie beide alsbald zu schnarchen begannen, ging sie hinaus.

„Wie ich mich zugerichtet habe — da! Und so soll ich jetzt zu Besuch gehen . . . Geschlagen hat er dich? So ein Tölpel! Das macht der verdammte Fusel. Gewöhn' dir nur das Trinken nicht an, Junge, trink' niemals . . .“

Ich saß dann mit ihr auf der Bank am Tore und fragte sie, wie es komme, daß sie sich vor den Betrunkenen nicht fürchte.

„Ich fürchte mich auch vor den Nüchternen nicht — wozu hab' ich denn das, wie?“ Sie zeigte ihre geballte rote Faust. „Mein verstorbener Mann kam auch manchmal bis oben voll nach Hause, da hab' ich ihn manchmal, wie er so war, an Händen und Füßen gebunden, und wenn er wach wurde, zog ich ihm die Hosen herunter und gab ihm eine ordentliche Tracht Prügel: Da hast du, mein Lieber! Was hast du dich zu besaufen, wenn du verheiratet bist? Die Frau soll dein Zeitvertreib sein, nicht der Branntwein! Ja... gehauen hab' ich ihn, bis ich müde wurde, und dann war mein liebes Männchen so weich wie Wachs...“

„Sie sind stark,“ sagte ich und dachte an Eva, die sogar den Herrgott betrog.

Natalia stieß einen Seufzer aus und sagte:

„Die Frau braucht auch mehr Kraft als der Mann, so stark wie zwei müßte sie sein. Der Herrgott hat sie benachteiligt, sie sollte dem Manne gewachsen sein.“

Sie sagte das ganz ruhig, ohne Bosheit, und saß dabei mit dem Rücken gegen den Zaun gelehnt, die Arme über der mächtigen Brust gefaltet und die sinnenden Augen auf den schmutzigen, mit Schutt aufgefüllten Damm gerichtet. Ich hörte auf ihre klugen Reden und achtete gar nicht auf die Zeit, bis ich plötzlich am Ende des Dammes meinen Lehrherrn mit seiner Gattin Arm in Arm daherkommen sah. Langsam und würdevoll, wie ein Puterpaar, schwebten sie heran, sahen uns forschend an und sagten irgend etwas zueinander.

Ich lief rasch nach der Tür zum vorderen Aufgang und öffnete sie. Als die junge Frau die Treppe hinaufging, sagte sie giftig zu mir:

„Den Wäscherinnen machst du den Hof? Du hast wohl bei der Dame unten gelernt?“

Die Bemerkung war so albern, daß sie nicht den geringsten Eindruck auf mich machte. Aergerlicher war mir schon, daß auch mein Lehrherr lächelnd sagte: „Na, 's ist ja auch Zeit!“

Als ich am nächsten Morgen Holz im Schuppen holte, fand ich hinter der Schuppentür neben dem viereckigen Durchschlupf für die Katzen, einen leeren Geldbeutel. Ich hatte ihn wohl ein Dutzendmal in Ssidorows Händen gesehen und brachte ihm ihn sogleich hin.

„Und wo ist das Geld?“ fragte er, mit dem Finger das Innere des Beutels untersuchend. „Dreißig Rubel ... gib sie her!“

Sein Kopf war mit einem Handtuch umwunden, das wie ein Turban über dem gelben, mageren Gesichte saß. Seine verschwollenen Augen blinzelten zornig, und er wollte durchaus nicht glauben, daß ich den Beutel leer gefunden hätte.

Jermochin kam und redete ihm nach dem Munde.

„Ja, er hat's sicher gestohlen,“ sagte er, nach mir herübernickend — „führ' ihn nur mal zu seinem Herrn hin! Ein Soldat wird doch den andern nicht bestehlen!“

Seine Worte verrieten mir, daß niemand anders als er selbst das Geld gestohlen und den leeren Beutel in den Schuppen geworfen hatte, um den Verdacht auf mich zu lenken.

„Lügner!“ schrie ich ihm ins Gesicht — „du hast das Geld gestohlen!“

Die Angst und Wut, die sein stumpfsinniges Gesicht verzerrte, bewies mir, daß ich richtig geraten hatte.

„Beweise es doch!“ quiekte er schrill und begann sich hin und her zu winden.

Wie sollte ich hier etwas beweisen?

Jermochin zerrte mich unter lautem Gebrüll in den Hof, Ssidorow folgte uns und schrie gleichfalls irgend etwas, an den Fenstern erschienen die Köpfe der Hausbewohner, und auch die Mutter der Königin Margot schaute ruhig rauchend zu. Ich begriff, daß ich in den Augen meiner Dame verloren war, und kam ganz von Sinnen.

Ich erinnere mich noch, wie sie mich verhörten; die beiden Soldaten hielten mich an den Armen fest, und meine Leute standen da, hörten die Anklage an und nickten einander verständnisvoll zu.

„Natürlich hat er's genommen!“ sagte die junge Frau bestimmt. „Er hat gestern am Tore mit der Wäscherin schön getan, also muß er doch Geld gehabt haben, denn ohne Geld kann er bei so einer nichts erreichen ...“

„Ganz richtig, so ist's!“ schrie Jermochin.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Zum 24stündigen Generalstreik

Lahmlegung des Straßenbahnverkehrs und der Beleuchtung.

Der beschlossene 24stündige Generalstreik der Gemeindearbeiter und -Angestellten setzte gestern mit voller Wucht ein. Da dieser Beschluß nicht überall rechtzeitig bekannt wurde, stellten sich hier und da einzelne Arbeitskräfte ein, die fälschlicherweise von der bürgerlichen Presse als „Arbeitswillige" bezeichnet wurden. Darob natürlich große Freude im bürgerlichen Blätterwald, der für das erbärmliche, ebenso feige wie unfähige Verhalten der Schupo kaum ein Wort der Kritik fand.

In der Arbeiterschaft hat dieser Vorgang gewaltige Erregung verursacht, und uns liegen bereits Tausende von Protestresolutionen vor, die gegen diesen Gewaltstreich sich wenden und die Entfernung des Polizeipräsidenten Richter fordern.

Der Berliner Straßenbahnvekehr ruhte vollends. Die Stadtbahn und Untergrundbahn hatte einen großen Andrang zu bewältigen. Ebenso gab es keinen elektrischen Strom, während die Wasserzufuhr aufrechterhalten wurde und Gas unter vermindertem Druck zu entnehmen war.

Heute dürfte das Berliner Stadtbild wieder normal sein. Die Berliner Arbeiterschaft wird dafür zu sorgen haben, daß die Verantwortlichen des Blutgemetzels vor dem Berliner Rathaus nicht spurlos in die Versenkung verschwinden, sondern zur Rechenschaft gezogen werden. Im übrigen muß mehr denn je die Forderung erhoben werden: Entmilitarisierung der Schupo, Ausrottung des Landknechtsgeistes und Schaffung einer wirklichen Polizei, die diesen Namen verdient.

Freigewerkschaftliche Beamtenzentrale

An die Ortsausschüsse des ADGB. und die Ortskartelle des Afa-Bundes.

Gemäß dem in der Gewerkschafts- und Tagespresse veröffentlichten Aufruf sind die freigewerkschaftlichen Verbände, die Beamte organisieren, vom ADGB. und Afa-Bund jetzt zu einer Beamtenzentrale zusammengeschlossen worden. Es kommen zurzeit folgende Verbände mit ihren Beamtengruppen in Frage: Vom ADGB.: Deutscher Eisenbahnerverband, Deutscher Transportarbeiterverband, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner und Deutscher Musikerverand.

Vom Afa-Bund: Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband und Zentralverband der Angestellten.

Die zentrale Zusammenarbeit dieser Verbände muß nunmehr auch dadurch unterstützt werden, daß sie örtlich miteinander Fühlung nehmen. Wir empfehlen deshalb den Ortsausschüssen des ADGB. und Afa-Ortskartellen, die an ihrem Ort in Frage kommenden Ortsgruppen obiger Verbände zu gemeinsamer örtlicher Arbeit im Sinne der Satzungen der Beamtenzentrale zusammenzufassen.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es nicht Aufgabe der Beamtenzentrale ist, die etwa vorhandenen Beziehungen zu den Ortskartellen oder Verbänden des Deutschen Beamtenbundes zu lösen. Wir bitten aber, der Beamtenzentrale über das Verhältnis zu dem DBB. und seinen einzelnen Verbänden eingehend Bericht zu erstatten und sie stets über alle Vorgänge auf dem laufenden zu halten.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Der Vorstand.
Graßmann

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Der Vorstand
Aufhäuser. Süß. Stähr.

Bauarbeiter. Das letzte Lohnabkommen im Hoch- und Betonbaugewerbe ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden. Somit tritt der erhöhte Stundenlohn für das Lohngebiet Groß-Berlin am 1. Mai in Kraft.
Der Vereinsvorstand.

USP.-Metallarbeiter. Sonnabend, den 6. Mai, nachm. 5½ Uhr, in der Böhow-Brauerei, Prenzlauer Berg, geschlossene Versammlung sämtlicher USP.-Metallarbeiter. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Der Fraktionsvorstand.

Buchbinder! Heute Freitag, den 5. Mai, nachmittags 4½ Uhr, allgemeine öffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Das Arbeitsrecht in Gefahr. Referent Gen. Schröder.

Lohnbewegung in der Landschaftsgärtnerei beendet. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung des Stundenlohnes für männliche Arbeitnehmer um 6,— M. und für weibliche um 4,— M. vorsieht, ist von den Arbeitgebern, die sich mittlerweile in einer Organisation zusammengeschlossen haben, mit Wirkung vom 15. Mai d. Js. angenommen. Bis zu diesem Termin beträgt die Erhöhung der Stundenlöhne für männliche Arbeitnehmer 4,— M. und für weibliche 2,— M. Die Vertrauensleute haben mit Mehrheit beschlossen, das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen. Dieser Beschluß ist den Arbeitgebern übermittelt worden. Eine Urabstimmung in den Betrieben findet nicht mehr statt. Verstöße gegen den Tarifvertrag sind umgehend dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter zu melden.

„Eine vorbildliche Genossenschaft". Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 186 eine Zuschrift des Zentralverbandes der Angestellten, wonach der Beamtenwirtschaftsverein sich bei den Tarifverhandlungen mit seinen Angesteten sehr schofel benahm. Der Deutsche Beamtenbund wurde mit dieser Notiz in Verbindung gebracht und aufgefordert dafür zu sorgen, daß die Forderungen der Angestellten berücksichtigt werden sollen. In Nr. 17 des Organs des Deutschen Beamtenbundes, „Der Beamtenbund", wird nun erklärt, daß er mit dem Beamten-Wirtschaftsverein zu Berlin und seinem Aufsichtsrat nichts zu tun hat. Es handelt sich hier um einen „lokalen konsumgenossenschaftlichen Verein, auf dessen Geschäftsgebahren der Deutsche Beamtenbund keinen Einfluß besitzt, und in dessen Aufsichtsrat oder Geschäftsleitung er überhaupt nicht vertreten ist." Anscheinend ist hier der Z. d. A., nicht wir, wie das Blatt meint, einer Mystifikation zum Opfer gefallen.

Erledigte Lohnbewegungen. Der Transportarbeiterverband hat für die **Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher** in Berlin erhöhte Zulagen von 70—144 Mark pro Woche für den Monat Mai durchgesetzt. Die neuen Lohnsätze sind im Verbandsbüro gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erhältlich. — Der Z. d. A. hat einen neuen Tarifvertrag im **Huteinzelhandel** getätigt, der für den Monat April neue Gehaltssätze vorsieht. Im Verbandsbüro kann der Wortlaut eingesehen werden Für den Monat Mai sind neue Forderungen eingereicht worden. In einer demnächst einzuberufenden öffentlichen Versammlung wird Bericht gegeben werden. — Zimmerer. Nach langen Verhandlungen gelang es für die Zimmerer, einen Stundenlohn von 26 Mark ab 1. Mai zu erreichen. In einer am Sonntag, den 30. April, abgehaltenen Zahlstellenversammlung wurde das Angebot akzeptiert. Eine Resolution fand Annahme, in der dem russischen Proletariat Unterstützung gewährt und vom 1. bis 15. Mai zwei Sammelwochen für Werkzeuge veranstaltet werden sollen. Eine erstmalige Lehrlingsversammlung der Zimmerer tagte am 26. April. Waldemar Preuß wurde als Leiter für die Jugendabteilung bestimmt. Großmann schilderte die Entstehung des Zimmererverbandes und die Aufgaben der Gewerkschaften und die der Jugendabteilung.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die Mitteilungsblätter können erst am Sonnabend nachmittag vom Verbandsbüro abgeholt werden.
Die Geschäftsleitung.

Freitag, den 5. Mai.

10. Verwaltungsbezirk. Zehlendorf. Abends 8 Uhr bei Hoffmann, Teltower Str., Sitzung des Vorstandes und der kommunalen Kommission.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). Distriktsfunktionärkonferenz, 7½ Uhr im Klassenzimmer der Gemeindeschule 1, in Steglitz, Ringstraße 56.

7. Distrikt. Abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Carus, Boltastr. 37.

15. Distrikt. Kinderschutz- und Bildungskommission, abends 7½ Uhr, bei Pilzecker, Blumenstraße 34.

18. Distrikt (Kreuzberg). Die Generalversammlung findet 7 Uhr in der Schulaula, Wassertorstraße 31, statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

19. Distrikt (Kreuzberg). Elternbeiräte. Abds. 7 Uhr, Obmännersitzung bei Blum, Planufer 75. Jede Schule muß vertreten sein. Thema: Elternbeiratswahlen.

16. Bezirk (Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Grünau, Bohnsdorf). Die für Donnerstag angesetzte Konferenz findet heute abend in der Aula der Körnerschule, Lindenstraße, statt. Geschäftsleitung 6½ Uhr. Bezirks-Generalversammlung 7½ Uhr.

Weißensee. Engere Vorstandssitzung bei Bohlmann, Langhansstraße, Ecke Goethestraße, abends 7 Uhr.

Lichtenberg-Stadt. 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Sipke, Kronprinzenstraße.

Schöneberg-Friedenau. Die Kindergruppe trifft sich am Viktoria-Park, Sport-Platz, von 5—7, zum Spielabend. Kinder, die mitspielen wollen, können sich noch beim Genossen Bürger und bei der Genossin Hoffmann auf dem Platz melden.

Schöneberg-Friedenau. Oeffentliche Versammlung, heute, abends 7½ Uhr, Braun's Gesellschaftshaus, am Bahnhof Treptow. Referent Dr. Goetzel, über das neue Reichsmietengesetz.

Spandau. Die Vorstandssitzung und Distriktskonferenz findet bei Kleinschmidt, Neuendorfer Str. 67, statt.

S. P. J., Gruppe Charlottenburg. Abendspaziergang. Treffpunkt: 7 Uhr, am Heim, Bismarckstraße 49 I.

9. Distrikt (Wedding). Fortsetzung der Generalversammlung, abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Lütticher Str. 47—48. Vortrag des Genossen Vollmershaus. Bericht der Preßkommission.

Sonnabend, den 6. Mai.

5. Verwaltungsbezirk (Charlottenburg). Abends 7 Uhr, Hindenburg-Realschule, Göthestraße 32, Mitgliederversammlung.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 7½ Uhr, Funktionärsitzung bei Kranich, Mariendorf, Chausseestr. 27.

19. Verwaltungsbezirk (Pankow). Die Bezirksversammlung findet abends 6½ Uhr, in Pankow, Schulaula, Gennowstraße, statt.

4. Distrikt (Westen). 7½ Uhr, bei Mandolf, Culmstraße 20a, wichtige Vorstandssitzung mit Stellvertretern und Obleuten der Kommissionen.

5. Distrikt. Abends 8 Uhr, Vorstandssitzung bei Kaiser, Gotzkowskystr. 4.

9. Distrikt (Wedding). Bildungskommission. Sitzung, abends 7 Uhr, bei Kroll, Utrechter Str. 21.

Distrikt Königswusterhausen. Abends 7 Uhr, findet in Königswusterhausen, bei Trea, Berliner Str. 18, eine Distriktskonferenz statt. 1. Referat über das Kommunalprogramm. 2. Verschiedenes.

Sonntag, 7. Mai.

15. Distrikt. Vormittags 10 Uhr, Vorstandssitzung bei Bartsch, Friedenstraße 88.

Friedenau. Familien-Ausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt 2 Uhr am Friedrich-Wilhelm-Platz.

Vereinskalender

Freitag, den 5. Mai.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Nachmittags 4½ Uhr, Sitzung der Ortsverwaltung. Um 6 Uhr, ordentliche Sitzung der erweiterten Verwaltung, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 5.

Freie Lehrer-Gewerkschaft. Sitzung um 5 Uhr, im Reichstag, Portal 2, mit der „Arbeitsgemeinschaft Kinderfreunde". Zimmer beim Pförtner zu erfragen.

Freie Lehrer-Gewerkschaft. Geschäftssitzung 7 Uhr, Rathaus, Zimmer 109. Aus der Tagesordnung: Reichsschulgesetzentwurf, Ehrengerichte.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Gruppe Chemikalien. Gruppenversammlung. Abends 5 Uhr, in Wilkes Festsäle, Sebastianstr. 39. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlung vor dem Demo.

Sonntag, den 7. Mai.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Früh 5 Uhr, Eichhorst (50 Kilometer), nachmittags 1 Uhr, Ladeburg (24 Kilometer).

Turn- und Sportverein „Fichte", Berlin. Die Maifeier zugunsten der Hungernden in Sowjetrußland findet am Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr, auf dem Turnplatz in Treptow, statt.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Wanderungen am 7. Mai. Bezirksfahrt zum Grabowsee. Birkenwerder, Grabowsee. Abf. 6.50 vorm. Stettiner Vorortbahnhf. — Lehnitz, Grabowsee. Abf. 5.55 Uhr vorm. Bahnhf. Zentralviehhof. (Gesundbr. umsteigen.) ab. 7.26 vorm. Bhf. Gesundbrunnen oder 6.50 Uhr vorm. Stettiner Vorortbhf. — Oranienburg, Grabowsee. Abf. 6.20 Uhr vorm. Stettiner Vorortbhf. oder 6.01 Uhr vorm. Bhf. Weißensee (Gesundbrunnen umsteigen) oder 6.30 Uhr vorm. Bhf. Bullstr. (Gesundbrunnen umsteigen). — Borgsdorf, Grabowsee. Abf. 6.56 Uhr vorm. Bhf. Gesundbrunnen. — Bernau, Liepnitzsee, Hellsee, Bernau. Tr. Sonnabend, abends 7.00 Uhr, Bahnhof Neukölln. — Storkow, Dubrow. Tr. Sonnabend, abends 7.00 Uhr, Bhf. Stralau-Rummelsburg. — Agitationswanderung. Erkner, Störitzsee. Tr. 6.30 Uhr vorm. Bhf. Schmargendorf. — Löcknitz-Wanderung. Tr. Sonnabend, abends 6.30 Uhr, Bhf. Steglitz. — Eberswalde, Samengrund, Tiefensee. Tr. Sonnabend, abends 6.00 Uhr, Bahnhof Potsdam.

Kinderwanderungen.

Frühlingsfeier am Grabowsee. Tr. 7.00 Uhr, Bhf. Gesundbrunnen. — „Aquarium"-Besuch. Tr. 8.30 Uhr, Bhf. Neukölln. — Erkner, Berlsee. Tr. 7.00 Uhr, Bhf. Schmargendorf.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer jetzt von 1000 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig. Pelzwaren Kreuzfüchse 400 M. Zobelfüchse, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze Lohpelze enorm billig. Damen-Pelzmäntel 3500 M. Pelzjacken. (Keine Lombardware.)

Jetzt aktuell!

Das System NOSKE
Eine politische und satirische Abrechnung in Wort und Bild.
Von Holtz und Stössinger . . . Preis 5.— Mark.
Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2, Breite Strasse 8-9.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsst. Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Das Überschriftswort 2.50 M., jed. weitere Wort im Text 1.25 M. netto Stellengesuche: Überschriftswort 2.-, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung.— Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Räderweiblich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder, Kinderwagen, Puppenw. Weddich, Brunnenstraße 96 (Humbold 874).

Hosen! Preiswerte Angebote! Arbeitshosen 138,— 168,—, 198,—. Gestreift schöne Muster 248,— 288,— 338,— Ersatz für Maß 378,— 428,— 468,— usw. — Verkauf an Händler und Private! Breeches, Jünglings- und Bauchhosen in größter Auswahl in allen Längen und Weiten. München-Gladbacher Hosen-Zentrale Schöneberg, Goltzstraße 7. Fahrlinien: 3, 5, 10, 52, 60, 160, D, H (62, 83, 89, 94, 162). Fahrgeldvergütung.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Central-Leihhaus Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

3000 Anzüge Schlüpfer, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Damenmäntel usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Daher finden Sie das Richtige und lohnt sich der Weg. Fahrgeldvergütung. Leihhaus Bergmannstraße. Hagener Straße 47.

Anzüge. Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimantel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse. Kleefuchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Bettwäsche allerbilligst! Zum Monatsbeginn sechs billige Tage! Einmaliges Angebot. Deckbettbezüge von 128,—, 195,—, 275,—, Laken 94,—. Einzelne Bezüge und Kissen (angestaubte Reisemuster) unter Selbstkosten. Inletts, Handtücher, Wäschestoffe, Damaste zu Fabrikpreisen. — Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestr. neunundzwanzig (Hasenheide).

Kinderwagen. Klappsportwagen, Kinderdrahtbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93.

Erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Paletots aus guten, haltbaren Stoffen u. prima Zutaten. Ferner gr. Auswahl in Sommermodellen aus Homespun, Fischgrät, Kammgarnstoffen in allen Farben, zu den billigsten Preisen i. Herren-Bekleidungshaus Prinzenstr. 84 II, am Moritzplatz. Lagerbesuch lohnend. Fahrgeldvergütung.

Teppiche, wenig gebr., verk. billig Stein, Anklamer Str. 20.

Möbel

Chaiselongues, Chaiselonguedecken 475, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450,—, Walter, Stargarder Straße 18.

Chaiselongues, 275,—, Metallbetten 250,—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett, Weicke, Augustr. 32a, Quergebäude.

Möbel-Lechner Brunnenstr. 7 offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

Chaiselongues, Diwandecken 250,—, Polsterauflagen, wunderbare Wandbehänge, Pappelallee 12.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8—9.

Kaufgesuche

Pistolen und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Metallschmelze, Alexanderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Fahrräder

Fahrräder, beste Marken, billigst, Schönhauser Allee 163.

Fahrradgummi! Laufmäntel 125 Mark Luftschläuche 45 Mark Jahresgarantie. Schlawe, Weinmeisterstr. 4.

Fahrradankauf, Linienstr. 19.

Freilaufräder, spottbillig, Alte Jakobstraße 173.

Mietgesuche

Parteigenosse sucht einf. möbliertes Zimmer in Moabit. Offerten „W. H." Freiheit, Breite Str. 8/9.

Mieter! Bestellt sofort das Reichsmietengesetz nebst Kommentar. — Preis 10,— Mark. Buchhandlung „Freiheit", Breitestraße 8—9.

Verschiedenes

Altbewährte bekannte Stelle für Rechtsberatung, Prozeßführung, Rechtsbeistand, Senß, Gr. Frankfurter Str. 96, Zweigbüro Treskowerstr. 26, Ecke Prenzlauer Allee.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kersten-Löwenstein, „Der Elternbeirat" (4,— M.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8—9.

Erste Hilfe bei Erkrankungen lehrt „Der kleine Samariter" Preis 1.50 M. Buchhandlung „Freiheit", Breitestraße 8—9.

Die schönsten Märchenbücher finden Sie in der Buchhandlung „Freiheit", Breitestr. 8—9.

Wanderfreunde finden gute Karten für alle Gegenden der Mark Brandenburg in der Buchhandlung der „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Wandervögel Musikinstrumente auf bequeme Teilzahlung. Gontardstr. 1 a. d. Königstraße.

Siedlungen

Selbstbau-Siedlungen Fredersdorf, Hohenneuendorf, Adlershof, Schlendorf. Siedlungsverein Steglitz, Treitschkestraße 13.

PROLETARISCHE JUGEND
SAMMLUNG SOZIALISTISCHER JUGENDSCHRIFTEN
Heft 8
Gesundheitspflege der arbeitenden Jugend
von Dr. Julius Moses
Preis 8,— Mark
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Auch in den Filialen der „Freiheit" erhältlich

Werbt für unser Blatt!